SANTIAGO ALVAREZ

Kampf dem diktatorischen Franco-Regime!

Zur Politik der Kommunistischen Partei Spaniens
in der Zusammenarbeit mit [illegible]

SANTIAGO ALVAREZ

Kampf dem diktatorischen Franco-Regime!

Zur Politik der Kommunistischen Partei Spaniens für den Zusammenschluß der Volksmassen

Mit einem Anhang:

Der 5. Mai 1958 — ein großer Tag für Spanien

DIETZ VERLAG BERLIN

1959

Spanische Originaltitel:

Santiago Alvarez
La Política de Unidad del Partido Communista de España

Im September 1958
in der Deutschen Demokratischen Republik gehaltene
und für den Druck überarbeitete Lektion

Un Gran Día de España. Historia de la Jornada de Reconciliación Nacional

Übersetzt von Rose Gromulat

1.—6. Tausend

Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1959 · Printed in Germany
Alle Rechte vorbehalten
Typographie: Dietz Entwurf · Umschlag: Max Gebhard
Verlagsbogen: 4 · Druckbogen: 4,75 · Lizenznummer 1
Gesamtherstellung: Meißner Druckhaus III-21-3

SANTIAGO ALVAREZ

Kampf dem diktatorischen Franco-Regime!

Zur Politik der Kommunistischen Partei Spaniens für den Zusammenschluß der Volksmassen

In der gegenwärtigen Etappe verkörpert sich die Politik der Kommunistischen Partei Spaniens zur Gewinnung aller demokratischen und nationalen Kräfte für den Kampf gegen die Franco-Diktatur in der Linie der nationalen Aussöhnung aller Spanier.

Mit der Verkündung der Politik der nationalen Aussöhnung hat die Kommunistische Partei Spaniens in ihrem ständigen Bestreben, alle francofeindlichen Kräfte im Kampf gegen die Diktatur und für die Wiederherstellung der Demokratie in unserem Lande zusammenzuschließen, einen entscheidenden Schritt vorwärts getan.

Im Einklang mit dem Sehnen und Streben des spanischen Volkes kämpft die Kommunistische Partei gleichzeitig darum, durch diese Politik der nationalen Aussöhnung einen endgültigen Strich unter die Etappe des vergangenen Bürgerkrieges zu ziehen, damit der Übergang von der Franco-Diktatur zur Demokratie auf friedlichem Wege, ohne gewaltsame Auseinandersetzungen vollzogen und eine neue Periode eröffnet werden kann, in der das politische und soziale Leben Spaniens so weit wie möglich auf einem Wege verläuft, der nicht der Weg des bewaffneten Kampfes ist.

Die im Juni 1956 vom Zentralkomitee unserer Partei festgelegte Politik der nationalen Aussöhnung der Spanier stellt unter Berücksichtigung einiger wichtiger taktischer Veränderungen die Fortsetzung und Weiterentwicklung unserer Politik der Ein-

heit des Volkes dar. Diese neue politische Linie wurde in dem Augenblick möglich, als unsere Politik der Einheit des Volkes in einem gewissen Ausmaß in die Massen eingedrungen war und außerdem eine Reihe günstiger innen- und außenpolitischer Umstände eintraten, darunter als einige der wichtigsten die Verschärfung der Krise des Franco-Regimes mit der sich daraus ergebenden Zersetzung der „Nationalen Bewegung", die ihm als politische Basis diente, und die Verminderung der internationalen Spannungen.

Mit der Politik der nationalen Aussöhnung schafft unsere Partei günstige Voraussetzungen für die Mitwirkung all jener nationalen Kräfte, die für die Opposition, für den Kampf gegen Franco gewonnen werden können, unabhängig davon, auf welcher Seite sie im vergangenen Bürgerkrieg standen.

Die Linie der nationalen Aussöhnung ist daher unter den gegenwärtigen Bedingungen in Spanien die Anwendung der Leninschen Lehre, daß das Proletariat im Kampf um die Erringung seiner Ziele alle nur möglichen Verbündeten auf seine Seite ziehen muß, selbst wenn es sich nur um vorübergehende, schwankende und unsichere Verbündete handelt.

Der Ursprung unserer gegenwärtigen Politik der nationalen Aussöhnung findet sich schon im Krieg von 1936 bis 1939. Schon damals wiesen wir darauf hin, daß die Einheit alle Spanier umfassen muß, die nicht Sklaven einer barbarischen ausländischen Diktatur sein wollen. Unsere Partei gehörte daher zu den Urhebern und Verfechtern einer Politik, die darauf gerichtet war, zu einer Verständigung zwischen den beiden kämpfenden Lagern zu kommen, und zwar auf der Grundlage eines Kompromisses, der die Unabhängigkeit Spaniens garantieren, Repressalien ausschalten und das Recht des Volkes, seine Regierung frei zu wählen, gewährleisten sollte.

Angesichts des Verlaufes der Kämpfe in unserem Lande und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Faschismus in jenen Jahren in internationalem Maßstab in der Offensive war, hätte eine solche Verständigung positive Bedeutung gehabt.

1942, als durch den Sieg Francos über die Republik und den Beginn des von Hitler entfesselten zweiten Weltkrieges Spanien in der schwarzen Nacht des Terrors und des Elends versunken war, erklärte unsere Partei: „Die Wiedervereinigung Spaniens für Frieden und Demokratie kann nicht das Werk einer Partei oder einer Klasse sein, sondern nur das Ergebnis der vereinten Bemühungen aller nationalen politischen Gruppen, von den Katholiken bis zu den Kommunisten."

Auch in der Illegalität und in der Emigration haben wir unbeirrt diese Einheitslinie verfochten. In diesem Sinne erklärten wir uns 1951, als mit den Streiks von Katalonien eine neue Etappe im Kampf der Volksmassen gegen die Diktatur Francos begann, für eine nationale Front.

Die Politik der Einheit und der nationalen Front begründeten und bekräftigten wir erneut auf unserem V. Parteitag, der im November 1954, nach der Unterzeichnung des Vertrages zwischen Franco und den amerikanischen Imperialisten, zusammentrat.

Der Kampf der Volksmassen gegen die Diktatur Francos, erklärte damals die Genossin Dolores Ibárruri, wächst über die Grenzen eines Kampfes zwischen den demokratischen Kräften und dem Franco-Regime hinaus und wird zu einem nationalen Kampf aller Kräfte, die an der Unabhängigkeit Spaniens und an seinem Fortbestand als unabhängiges und souveränes Land interessiert sind.

Daß die Kommunistische Partei Spaniens ihre Einheitspolitik in die Form der nationalen Aussöhnung kleidet, entspricht einer historischen Realität: Unser Land hat einen Bürgerkrieg durchgemacht, einen blutigen, fast dreijährigen Krieg, der eine tiefe Kluft zwischen den Spaniern aufriß. Diese Kluft, die auch nach dem Kriege fortbestand, muß jedoch im Interesse der demokratischen Entwicklung Spaniens, im Interesse der Sache des Proletariats geschlossen werden. Die gewaltigen Probleme des Kampfes gegen die Diktatur, ihrer Ablösung durch eine neue Regierung und des demokratischen Wiederaufbaus können nicht

mit Erfolg gelöst werden, wenn die beiden Lager des vergangenen Bürgerkrieges in ihrer unversöhnlichen Haltung erstarren.

In den letzten Jahren hat sich außerdem eine bemerkenswerte Entwicklung in unserem Lande vollzogen. Bedeutende Kräfte, die in der Vergangenheit dem Lager Francos angehörten, zeigen immer öfter ihre Mißbilligung der Politik Francos, die den Geist des Bürgerkrieges am Leben erhalten will. Die Haltung dieser Kräfte hat zur Zersetzung der „Nationalen Bewegung" beigetragen.

Zu dieser neuen Opposition der Rechten gesellen sich weitere Kräfte aus verschiedenen politischen Lagern, die eine liberale Gesinnung an den Tag legen und zum Teil sogar demokratisch eingestellt sind. Gleichzeitig nehmen im alten republikanischen Lager (in Spanien selbst und in der Emigration) die Stimmen an Zahl und Einfluß zu, die es für nötig erachten, auf eine Politik der Rache zu verzichten. Die Bereitschaft zur nationalen Aussöhnung der Spanier ergreift also politische und soziale Kräfte, die sich im Bürgerkrieg in feindlichen Lagern gegenüberstanden. Schließlich ist in den langen Jahren der Diktatur eine neue Generation herangewachsen, die den Bürgerkrieg nicht erlebt hat und ihren Blick vor allem auf die Zukunft richtet.

All diese Faktoren hat unsere Partei bei der Ausarbeitung ihrer Politik der nationalen Aussöhnung berücksichtigt. Diese Politik ist der Ausdruck des neuen Kräfteverhältnisses, das sich in unserem Lande herausgebildet hat. Diese Politik hat ihre objektive Basis in der ökonomischen und politischen Realität Spaniens.

Die Existenz des Franco-Regimes als politischer Ausdruck für die Herrschaft der großen Monopole bedeutet nicht nur brutale Ausbeutung und beschleunigte Verelendung der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten. Die Wirtschaftspolitik der Diktatur beeinträchtigt auch in nicht geringem Maße die Interessen der übrigen Klassen und Schichten der spanischen Bevölkerung, einschließlich der nationalen, nichtmonopolistischen Bourgeoisie.

Die monopolistische Entwicklung des Kapitalismus, die sich nach den ihr innewohnenden objektiven Gesetzen vollzieht, erzeugt unvermeidlich eine beschleunigte Akkumulation des Reichtums auf der einen und eine verstärkte Akkumulation des Elends und der Entbehrungen auf der anderen Seite. Unter den Bedingungen Spaniens jedoch verschärfen sich die Folgen dieser monopolistischen Entwicklung des Kapitalismus aus zwei Gründen:

erstens, weil die industrielle Entwicklung des Landes in immer schärferen Gegensatz zu den feudalen Überresten der spanischen Wirtschaft gerät, deren wichtigster Exponent der Großgrundbesitz ist;

zweitens, weil die Wirtschaftspolitik der Franco-Diktatur darauf gerichtet ist, diese Entwicklung unter dem Vorwand der Industrialisierung des Landes zugunsten der Finanzoligarchie zu beschleunigen.

Um die Mittel zur Industrialisierung des Landes aufzubringen, bedient sich Franco in der Hauptsache der Methode, den Preis der Arbeitskraft so niedrig wie möglich zu halten und den Arbeitstag so weit wie möglich zu verlängern. Das bedeutet, daß die Löhne zugunsten der Kapitalisten unter dem Existenzminimum gehalten werden. Die Arbeiter sehen sich gezwungen, 12, 14, oft sogar 16 Stunden zu arbeiten, das heißt den Arbeitstag zu verdoppeln und so ihre Kräfte frühzeitig zu erschöpfen.

Diese grausame Ausbeutung der Arbeiterklasse schafft aber zugleich die Möglichkeit, sie zum Kampf *für einen auskömmlichen Mindestlohn bei gleitender Lohnskala, für den achtstündigen Arbeitstag und für andere Forderungen, die sich aus ihrer unerträglichen Lage ergeben,* zu mobilisieren.

Auch die Einkünfte der Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Architekten, Dozenten, Professoren und anderer Angehöriger der Intelligenz reichen im allgemeinen nicht aus, um die hohen Lebenshaltungskosten zu decken und die besonderen Bedürfnisse, die sich aus ihrem Beruf ergeben, zu befriedigen. Das gleiche gilt für

die Gehälter der Beamten und Angestellten, der Polizei und der meisten Offiziere in Heer, Flotte und Luftwaffe. Da all diese Menschen notgedrungen am „Zwangssparen" teilnehmen müssen, das die Finanzoligarchie dem Lande auferlegt, sind sie mit der gegenwärtigen Lage unzufrieden. Damit bietet sich eine objektive Basis zur Entwicklung der Opposition gegen die Diktatur.

Die Steuerpolitik Francos besteht darin, den ökonomisch schwächsten Schichten von Tag zu Tag neue Lasten aufzubürden. In den Jahren der Franco-Herrschaft ist der Gesamtbetrag und der Prozentsatz der Steuern unablässig gestiegen. Während der Großgrundbesitz, die Großbanken und Monopole besondere Vorrechte genießen, bringen die hohen Steuern weite Kreise von Industrie und Handel in eine sehr schwierige Lage. Besonders auf den Bauern lastet eine Unzahl von Abgaben, unter der sie förmlich erdrückt werden.

Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die von der Wirtschaftspolitik Francos beeinträchtigten Klassen und Schichten in Gegensatz zum Franco-Regime geraten. Die Interessen dieser Schichten und Klassen stimmen weitgehend mit denen der Arbeiterklasse überein.

Eine weitere Methode der Wirtschaftspolitik Francos war die Emission von Staatsschuldscheinen und Papiergeld, die durch keine entsprechende Produktionssteigerung gestützt wurde. Die Folge war eine schwere Inflation mit dem üblichen Steigen der Preise, dem Absinken der Kaufkraft von Löhnen und Gehältern und einer schweren Zerrüttung der Wirtschaft. 1955 war der Geldumlauf elfmal größer als zur Zeit der Republik. 1956 betrug er 50,6 Milliarden Pesetas und im Herbst 1957 sogar schon 60,8 Milliarden.

Zur Politik der niedrigen Löhne und Gehälter, der hohen Steuern und der Inflation kommen noch die von den Monopolen diktierten Preise, die den schwächeren Betrieben großen Schaden zufügen.

Unter der Herrschaft Francos hat sich die Differenz zwischen

den Preisen für Industriewaren und denen für landwirtschaftliche Produkte zum Schaden der Bauern vergrößert, und sie wächst ständig weiter an. Im Handel mit den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten haben die Monopole den entscheidenden Einfluß. Daher erhält der Bauer für seine Produkte nicht genug, um rentabel wirtschaften zu können, und der Verbraucher muß trotzdem hohe Preise zahlen. Das bedeutet, daß ein Teil der Einnahmen, die dem Bauern zugute kommen müßten, den Banken und den Handels- und Industriemonopolen zufließen.

Diese Wirtschaftspolitik muß unweigerlich zu einer Verengung des Binnenmarktes für Produkte des täglichen Bedarfs führen; denn auf der einen Seite wird der Großgrundbesitz aufrechterhalten, der eine Erweiterung des Binnenmarktes verhindert, und auf der anderen Seite wird die Kaufkraft von Millionen Konsumenten in Stadt und Land herabgedrückt.

Diese Politik hat zu einem Widerspruch geführt, den Franco durch die Militarisierung der Wirtschaft und ihre Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus aus der Welt schaffen will.

Die gewaltigen Aufwendungen für militärische Zwecke im Staatshaushalt und in den Budgets halbstaatlicher Einrichtungen, *wie zum Beispiel des Nationalen Industrieinstituts,* und der Pakt von 1953 mit den USA sind ein offenkundiger Ausdruck dieser Politik.

Die Vorrechte, die den Vereinigten Staaten eingeräumt werden, schädigen zudem die allseitige Entwicklung des Außenhandels. Das Defizit in der Handelsbilanz der letzten Jahre ist außerordentlich hoch. 1957 erreichte es 1183 Millionen Goldpesetas (395 Millionen Dollar).

Diese Tatsachen erklären, warum wir in unsere programmatische Plattform der nationalen Aussöhnung nicht nur die dringendsten Forderungen der Arbeiterklasse, der Landarbeiter und der armen Bauern aufgenommen haben, sondern auch die der Angestellten, der Beamten und der Angehörigen der bewaffneten

Kräfte, der Intelligenz, der Mittelbauern und einiger Großbauern, des industriellen und städtischen Kleinbürgertums und der nationalen, nichtmonopolistischen Bourgeoisie. Sie erklären, warum wir eine Revision des gegenwärtigen Steuersystems vorschlagen, eine Neuorientierung der Verwendung öffentlicher Gelder, Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen, Ausgleich des Staatshaushalts, Bekämpfung der Inflation sowie andere Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die Macht der Industrie- und Finanzmonopole zu beschränken, die Zollvergünstigungen für amerikanische Waren aufzuheben, den Außenhandel zu fördern und Handelsbeziehungen mit allen Ländern anzuknüpfen.

So wie auf wirtschaftlichem Gebiet eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der anderen von der Diktatur in Mitleidenschaft gezogenen Schichten und Klassen besteht, so gibt es auch in politischer Hinsicht ein reales gemeinsames Interesse, denn die Diktatur versagt all diesen Klassen und Schichten die unumgänglich notwendigen Instrumente zu ihrer Verteidigung, zum Beispiel repräsentative Parteien, und die elementarsten politischen Freiheiten.

Es gibt kein Gesetz, das die Bürgerrechte garantiert; es gibt keine politische Institution, die sich auf das allgemeine Wahlrecht stützt. Das Prinzip der alleinigen faschistischen Partei wird aufrechterhalten. Die Spanier werden aus ideologischen und politischen Gründen verfolgt. Die Unterdrückung und Verfolgung, unter der in erster Linie die Kommunisten und die Vertreter der fortschrittlichsten demokratischen Kräfte der Gesellschaft zu leiden haben, erstreckt sich, wenn auch weniger stark, auf Monarchisten, christliche Demokraten, Liberale, ja sogar auf Mitglieder der faschistischen Falange. Obwohl die Diktatur schon sehr geschwächt ist, wird doch jede noch so geringfügig abweichende Meinung brutal unterdrückt. Noch heute unterstehen politische Fälle der militärischen Rechtsprechung. Jede Publikation unterliegt der strengsten politischen und zuweilen sogar der kirchlichen Zensur.

Deshalb betonen wir in unserer Erklärung über die nationale Aussöhnung ein weiteres Mal die Notwendigkeit, für folgende Forderungen zu kämpfen:

Amnestie für alle politischen Gefangenen und Emigranten, Abschaffung der Zensur, Presse- und Redefreiheit, Demokratisierung der Bruderschaften der Bauern[1] und der Gewerkschaften, die wieder Organisationen der Arbeiter werden müssen[2], akademische Freiheit, Abschaffung des Einparteiensystems und Koalitionsfreiheit für alle politischen Parteien und Organisationen.

In dieser Situation und angesichts der Tatsache, daß der Massenkampf bereits ein gewisses Niveau erreicht hatte, fand die von unserer Partei verkündete Politik der nationalen Aussöhnung überall im Lande starken Widerhall.

Weite Kreise der Nation teilen, wie die Tatsachen beweisen, die Einschätzung der Kommunistischen Partei, daß die *Beseitigung der Franco-Diktatur und die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten, die es dem Volke ermöglichen, in freien Wahlen seinen Willen zu bekunden, in der gegenwärtigen Etappe das Hauptziel aller nationalen und demokratischen Kräfte ist.*

Einer der wichtigen Faktoren, den unsere Partei bei der Ausarbeitung der Politik der nationalen Aussöhnung in Rechnung stellte, war die von der Genfer Konfernz von 1955 geschaffene internationale Atmosphäre der Koexistenz und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker, die diese Aussöhnung begünstigte.

Es ist offensichtlich, daß die internationalen Spannungen ungünstig auf Spanien einwirken, daß der kalte Krieg in negativem Sinne spürbar ist, daß er den Kampf des spanischen Volkes sehr erschwert und Franco begünstigt. In diesem Sinne hat die erneute Verschärfung der Lage nach der Genfer Konferenz unsere Aufgabe nicht erleichtert. Auf der anderen Seite übt aber

---

[1] Eine Art bäuerlicher Gewerkschaftsorganisationen. *Die Red.*

[2] Heute sind in den spanischen Gewerkschaften, wie seinerzeit in der Deutschen Arbeitsfront unter Hitler, Arbeiter und Unternehmer organisiert. *Die Red.*

die Existenz des sozialistischen Lagers unter der Führung der Sowjetunion einen außerordentlich großen Einfluß auf unser Land aus. Dieser Faktor wirkt von Tag zu Tag stärker auf allen Gebieten des Lebens und erleichtert unsere Politik der Aussöhnung.

Der Einfluß der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers ist besonders bei der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen spürbar. Er bestärkt sie in ihrem Wunsch nach Frieden und Demokratie, in ihrem Wunsch, der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende zu setzen. Das Bestehen eines sozialistischen Weltmarktes, der weit günstigere Handelsmöglichkeiten bietet als die imperialistischen Staaten, besonders die USA, übt wiederum einen großen Einfluß auf weite Kreise der nichtmonopolistischen Bourgeoisie in Handel, Industrie und Landwirtschaft aus. Dem Druck dieser Kreise der nationalen Bourgeoisie ist es vor allem zuzuschreiben, daß Handelsabschlüsse mit der Volksrepublik Polen, mit der Tschechoslowakischen Republik und anderen volksdemokratischen Ländern zustande gekommen sind.

Die Erfolge der Sowjetunion auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet, vor allem solche gewaltigen wissenschaftlichen Errungenschaften wie die Sputniks, beeinflussen weite Kreise der Bourgeoisie und der Intelligenz in Spanien.

Der Zusammenbruch des Kolonialismus, ein außerordentlich wichtiger Faktor in der internationalen Lage, hat auch einen starken Nachhall in Spanien. Die Franco-Regierung mußte sehr gegen ihren Willen auf das spanische Protektorat in Marokko verzichten und mit der marokkanischen Regierung auf gleichberechtigter Basis verhandeln.

Deshalb hat unser außerpolitisches Sofortprogramm, das gleichzeitig mit der Linie der nationalen Aussöhnung veröffentlicht wurde, auch bei Bevölkerungsschichten des Landes, die uns durchaus nicht nahestehen, Anerkennung gefunden. In diesem Programm fordern wir die Revision der Abkommen mit den USA, die Wiederherstellung der von Franco gebrochenen Neutralität Spaniens, Handelsbeziehungen mit allen Ländern

sowohl des kapitalistischen wie des sozialistischen Lagers, Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den übrigen sozialistischen Staaten, gewissenhafte Einhaltung der Verträge über die Unabhängigkeit Marokkos und Einhaltung der Prinzipien der Vereinten Nationen, deren Mitglied Spanien ist.

Sowohl in der internationalen Politik als auch in den ökonomischen und politischen Fragen verfolgen wir die Linie, eine möglichst große Anzahl von Kräften in der Opposition gegen die Politik der Diktatur zu sammeln.

Eine der zentralen Ideen, die uns bei der Ausarbeitung der Politik der nationalen Aussöhnung leitete, war die Einschätzung, daß es möglich ist, die Franco-Diktatur ohne einen neuen Bürgerkrieg, ohne einen neuen blutigen Kampf zu beseitigen.

Diese Perspektive, die uns veranlaßte, im Rahmen der Kontinuität unserer Politik bedeutende taktische Änderungen zu beschließen, stützt sich nicht nur auf die bereits genannten nationalen Faktoren. Wir haben dabei auch die ebenfalls erwähnte internationale Lage in Betracht gezogen, denn das Gewicht des sozialistischen Lagers, der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems und der Aufstieg ehemals kolonialer Länder zu unabhängigen Nationen, die große Kraft der kommunistischen und Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung in der Welt, das alles sind Realitäten von bleibender Bedeutung. Diese Realitäten, die einen von Tag zu Tag stärkeren Widerhall in Spanien finden, wirken sich günstig auf die Perspektive einer friedlichen Lösung unseres Problems aus.

Entscheidend für die friedliche Veränderung ist die volle Verwirklichung der nationalen Aussöhnung, die Verständigung zwischen den Kräften der Linken und der Rechten. Diese Verständigung kann einen so entscheidenden Einfluß auf die nationale Lage ausüben, daß sie nicht nur die Zersetzung des Franco-Regimes bis zum Äußersten treibt, sondern damit auch bewirkt, daß die Armee und andere bewaffnete Kräfte der Diktatur ihre Unterstützung entziehen und somit dazu beitragen, dem

Streben der Nation nach Freiheit und Demokratie den Weg zu bahnen. In der neuesten Geschichte Spaniens hat es beim Übergang von der Monarchie zur Republik in dieser Hinsicht schon ein lehrreiches Beispiel gegeben. Auch internationale Ereignisse der jüngsten Zeit, wie zum Beispiel in Venezuela und auch im Irak — obwohl hier die Bewegung einen anderen Charakter hatte —, können in dieser Beziehung genannt werden.

Offensichtlich wäre es noch vor wenigen Jahren naiv gewesen, die Perspektive einer friedlichen Veränderung in unserem Lande, die Beseitigung der Franco-Diktatur ohne einen neuen Bürgerkrieg, zur Diskussion zu stellen; denn damals war die „Nationale Bewegung" noch nicht zerfallen, die verschiedenen Kräfte dieser Bewegung, die sich heute gegenüberstehen, waren noch nicht abgesprungen, es gab noch nicht die neuen politischen Gruppierungen, die sich heute abzeichnen, und die internationale Lage bot noch nicht das heutige Bild.

Ob allerdings die Veränderung friedlich oder gewaltsam sein wird, hängt nicht so sehr von unserer Partei und von den Volksmassen und demokratischen Schichten ab, die sie beeinflussen und orientieren kann, sondern vor allem von der Haltung der konservativen und rechten Kräfte. Eine unnachgiebige Haltung von ihrer Seite kann die Bemühungen um eine friedliche Veränderung zunichte machen und die Notwendigkeit eines gewaltsamen Kampfes auf die Tagesordnung setzen.

Eine große Verantwortung tragen in dieser Hinsicht die Würdenträger der katholischen Kirche und die von ihnen beeinflußten rechten Politiker, die zwar mit der Opposition spielen, die Diktatur aber nach wie vor stützen.

Unbestreitbar ist aber, daß sowohl in der Frage eines möglichen Auftretens der rechten Kräfte als auch hinsichtlich der friedlichen Veränderung und aller anderen mit der Einheit der francofeindlichen Kräfte verbundenen Probleme *der Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen für ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen und ihre Aktion gegen die Diktatur den entscheidenden Einfluß ausüben werden.*

Zwischen dem Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen einerseits und der Einheit und der nationalen Aussöhnung andererseits besteht eine enge dialektische Wechselbeziehung. Wenn wir von dem Grundsatz ausgehen, daß bestimmte gemeinsame Nahziele bestehen, so hängt der Zusammenschluß der verschiedenen Klassen und Schichten, die sich im Kampf gegen die monopolistische Oligarchie und ihre Diktatur und für eine demokratische Lösung der Probleme um die Arbeiterklasse scharen, im wesentlichen vom Organisationsgrad, vom Bewußtsein und von der kämpferischen Haltung der Arbeiterklasse ab, davon, daß ihre Aktion imstande ist, die übrigen Klassen und Schichten des Volkes mitzureißen. Deshalb hat unsere Partei diesem Problem ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Ausgehend von der Tatsache, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen unter dem furchtbaren Druck einer beispiellosen Ausbeutung und Unterdrückung zu leiden haben, richtet unsere Partei ihre Aufmerksamkeit in erster Linie auf die wirtschaftlichen Forderungen und bemüht sich gleichzeitig, den Kampf auf das politische Niveau einer Aktion gegen die Diktatur zu heben.

Und gerade der Kampf der Arbeiterklasse um diese Forderungen, der alle anderen Klassen und Schichten des Landes beeinflußte und in Bewegung brachte, war der entscheidende Faktor in der politischen Situation, der Faktor, der die notwendigen Voraussetzungen für die Politik der nationalen Aussöhnung schuf. *Diese Politik ist nichts anderes als das Ergebnis eines bestimmten Entwicklungsstandes, den der Klassenkampf in Spanien erreicht hat, nichts anderes als der spezifische Ausdruck des Klassenkampfes unter den besonderen Bedingungen unseres Landes.*

Als unsere Partei die Politik der nationalen Aussöhnung formulierte, hatten in Spanien schon große Massenaktionen der Arbeiter und Studenten stattgefunden, die im Vergleich zu früheren Aktionen einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege der Einheit und der nationalen Aussöhnung darstellten und die dazu beitrugen, die Trennungslinie aus dem vergangenen Bür-

gerkrieg auszulöschen. Das gilt besonders für die Kämpfe der Arbeiterklasse in Katalonien und im Baskenland im Frühjahr 1956 und für die Studentenaktion vom Februar desselben Jahres. An all diesen Aktionen nahmen Menschen der verschiedensten politischen und ideologischen Richtungen teil, unabhängig davon, auf welcher Seite sie im Bürgerkrieg gestanden hatten, aber auch junge Menschen, die den Krieg nicht mitgemacht haben.

Unsere Partei erkannte die politische Bedeutung dieser Kämpfe, an deren Organisierung und Orientierung sie einen entscheidenden Anteil hatte, und zog wertvolle Schlußfolgerungen aus ihnen.

Es darf ohne Übertreibung gesagt werden, daß unsere Partei die Gedanken und Bestrebungen der Massen aufgriff und zu einem umfassenden, wahrhaft nationalen Programm, zum Programm der nationalen Aussöhnung, zusammenfaßte.

Diese bedeutende historische Aufgabe wurde unserer Partei erheblich erleichtert, weil sie in der Verbindung zu den Massen, besonders zur Arbeiterklasse, erhebliche Fortschritte erzielte; weil sie die objektive Realität unseres Landes studierte; weil sie frühere sektiererische Fehler und subjektivistische Irrtümer korrigierte und weil sie sich die historischen Lehren des XX. Parteitages der KPdSU, auch in der Frage der Schädlichkeit des Personenkults, zu eigen machte.

In den letzten Jahren des zweiten Weltkrieges und bis zum Jahre 1948 hatten wir eine falsche Taktik gegenüber den vom Franco-Regime geschaffenen Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen. 1948 begannen wir nach einer gründlichen kritischen und selbstkritischen Analyse der Ergebnisse unserer bisherigen Tätigkeit, in den faschistischen Organisationen zu arbeiten, und verbanden diese Tätigkeit mit der politischen Arbeit, die bereits in den Fabriken, an Schulen und sonstigen Arbeitsplätzen geleistet wurde. Es galt, wie uns Lenin lehrt, die legalen Möglichkeiten auszunutzen und mit der illegalen Arbeit zu verbinden.

Jahrelang leistete die Partei in den legalen Organisationen eine mühevolle und beharrliche Arbeit, die viel Kühnheit, Geduld und Opferbereitschaft erforderte. Sie mußte sich im Kampf gegen die faschistische Demagogie und unter den Augen der Polizei Bahn brechen; sie mußte bei unseren eigenen Genossen den Kampf gegen hartnäckige sektiererische Auffassungen führen und andere francofeindliche Kräfte davon überzeugen, daß die Tätigkeit innerhalb der Franco-Gewerkschaften, unter Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, eine wichtige revolutionäre Arbeit ist.

Diese Arbeit hat Früchte getragen. Schon auf dem III. Arbeiterkongreß von 1955, der von den regierungstreuen Gewerkschaftsführern einberufen wurde, enthielten die angenommenen Resolutionen zu einem guten Teil Losungen, die von der Partei in die Arbeiterklasse getragen worden waren. Damit erhielt die Partei eine breite legale Plattform für ihren Kampf.

Unsere Arbeit in den faschistischen Gewerkschaften, die von der Diktatur als Instrument der Klassenharmonie und als Stützpfeiler des Regimes gebildet wurden, hat entscheidend dazu beigetragen, die Gewerkschaften immer mehr in Organisationen des Klassenkampfes, in eine wichtige Basis für die Opposition der Arbeiter und der demokratischen Kräfte gegen die Diktatur zu verwandeln. Das gleiche gilt für die Studentenorganisationen, für Berufsverbände und in gewissem Maße auch für die Bruderschaften der Ackerbauern und Viehzüchter.

Unsere Arbeit in den Gewerkschaften hat stark dazu beigetragen, die Massenaktionen – besonders die Streiks der letzten beiden Jahre – voranzutreiben und zu entwickeln. In dem Maße, wie dieser Prozeß voranschreitet, strömen neue Kräfte aus der Arbeiterklasse und aus anderen Schichten der Bevölkerung in die Reihen unserer Partei.

Der größte Sieg der Arbeiterklasse seit dem Bestehen der Diktatur waren die Wahlen der gewerkschaftlichen Verbindungsleute (eine Art Betriebsrat) und anderer Gewerkschaftsfunktionäre im Oktober 1957.

Obwohl die Arbeiter keine legalen Versammlungen veranstalten oder für ihre Kandidaten werben konnten, obwohl sie nicht die Möglichkeit hatten, eine Auswahl unter ihnen zu treffen und obwohl die sozialistischen und anarchosyndikalistischen Führer Wahlenthaltung predigten oder eine klare Stellungnahme vermieden, unterstützte die Arbeiterklasse in Massen die Losung unserer Partei, die Wahlen in eine Kampfaktion für ihre Forderungen und gegen die Diktatur umzuwandeln. Die Wahlen wurden ein großer Erfolg. In den meisten Betrieben wurden die offiziellen Kandidaten hinweggefegt und Zehntausende von Arbeitern aller politischen Richtungen gewählt, aber auch solche, die keiner bestimmten politischen Richtung angehören, die jedoch ebenso wie wir die Notwendigkeit erkennen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und den Kampf gegen die Franco-Diktatur zu führen.

Die Gewerkschaftswahlen bewiesen einwandfrei das hohe Bewußtsein der Arbeiterklasse, ihre politische Reife und ihre Kampfentschlossenheit. Das erste Ergebnis dieses Sieges war die große Streikbewegung im April und Mai 1958, an der Zehntausende von Arbeitern der wichtigsten Industriegebiete teilnahmen.

Die Kommunistische Partei Spaniens hat sich aber nicht nur mit den Forderungen der Arbeiterklasse und mit der Arbeit in ihren Reihen beschäftigt, sondern auch mit den bäuerlichen Massen, den Intellektuellen und Studenten, dem städtischen und ländlichen Kleinbürgertum und der nationalen Bourgeoisie.

Angesichts der politischen Realität und der ökonomischen und gesellschaftlichen Struktur unseres Landes ist unsere Partei auf Grund einer marxistisch-leninistischen Analyse zu der richtigen Schlußfolgerung gelangt, daß sich der Klassenkampf in Spanien gegenwärtig nicht auf den Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat beschränkt, der ein Ausdruck des Grundwiderspruchs jeder kapitalistischen Gesellschaft ist, sondern daß es gleichzeitig andere objektive Widersprüche gibt, die ebenso wie der Grundwiderspruch ihren Ausdruck im gesellschaftlichen und

politischen Leben Spaniens finden und die, je nach der gegebenen Lage, in einem komplizierten und ständig wechselnden Prozeß einmal erstrangige Bedeutung haben und dann wieder auf einen zweitrangigen Platz rücken.

Erstens besteht der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft, der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, der im Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie seinen Ausdruck findet und der das Proletariat zur Vorhut der demokratischen Bewegung macht. Ein Aspekt dieses Widerspruchs ist der Widerspruch zwischen Landarbeitern und halbproletarischen Bauern auf der einen und der ländlichen Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern auf der anderen Seite. Aus diesem Widerspruch erwächst der Arbeiterklasse ihr konsequentester Verbündeter im Kampf um die Demokratie.

Zweitens besteht der Widerspruch zwischen der Gesamtheit der Landarbeiter, Klein- und Mittelbauern, Großbauern und sogar einigen kapitalistischen Großgrundbesitzern einerseits und der monopolistischen Oligarchie und den aristokratischen Großgrundbesitzern, die meist nicht einmal auf ihren Gütern leben, andererseits. Aus diesem Widerspruch erwächst die starke Opposition der ländlichen Bevölkerung gegen die Diktatur.

Drittens haben wir den Widerspruch, der das ganze Volk, von der Arbeiterklasse bis zur nichtmonopolistischen Bourgeoisie, der monopolistischen Oligarchie und der Franco-Diktatur entgegenstellt. Außerdem gibt es noch Widersprüche innerhalb der Oligarchie selbst.

Schließlich ist noch der Einfluß zu erwähnen, den der im Weltmaßstab bestehende Widerspruch zwischen dem imperialistischen und dem sozialistischen Lager auf unser Land ausübt und der in Spanien *gegenwärtig* als Widerspruch zwischen der gesamten Nation, ihrem Streben nach nationaler Unabhängigkeit und nach wirtschaftlichem und politischem Fortschritt einerseits und dem amerikanischen Imperialismus andererseits in Erscheinung tritt.

Der Widerspruch aber, der in diesem Augenblick im Vordergrund steht und in voller Entfaltung begriffen ist, der eine entscheidende Rolle spielt und zur Folge hat, daß sich heute Gesellschaftsschichten gegen die Diktatur wenden, die sie bisher unterstützten oder sich neutral verhielten, ist der Widerspruch zwischen dem ganzen Volk — von der Arbeiterklasse bis zur nationalen Bourgeoisie — und der monopolistischen Oligarchie.

Das ist auch, wie aus allem bisher Gesagten hervorgeht, der Widerspruch, auf den sich die Politik der nationalen Aussöhnung stützt.

Wir glauben sagen zu dürfen, daß diese Politik im gegenwärtigen Augenblick die einzig richtige, die einzig wirklich revolutionäre ist, und daß sie eine eigene, schöpferische Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus auf die nationale Realität Spaniens ist.

Die Originalität unserer Politik wird außerdem durch die besonderen Merkmale in der Zersetzung des Franco-Regimes bedingt. Die bisherigen faschistischen Gewaltherrschaften wurden im wesentlichen durch eine militärische Niederlage in einem Weltkrieg gestürzt. Kein faschistisches Regime ist bis heute an seinen eigenen, objektiven inneren Widersprüchen zugrunde gegangen. Beim Franco-Regime zeigt sich jedoch gerade diese Erscheinung. Die Zersetzung der Franco-Diktatur ist vor allem ein Produkt ihrer eigenen inneren Widersprüche, die durch den Kampf der Massen verschärft werden. Das heißt also, der Zerfall des Franco-Regimes zeigt besondere Merkmale. Und eben diese historische Besonderheit der Entwicklung in unserem Lande zwingt uns, nicht an alten, vom Leben überholten Formen festzuhalten, sondern neue zu finden, ohne dabei um einen Fußbreit von unseren Prinzipien abzugehen.

Im September und Oktober 1956 übte die spanische Arbeiterklasse in ihrem Kampf um höhere Löhne und andere wirtschaftliche Forderungen einen so starken Druck auf die Unternehmer und die Regierung aus, daß sich diese zu neuen Zugeständnissen genötigt sah. Die Regierung, die schon durch die Streiks im

Frühjahr 1956 gezwungen worden war, die Löhne zu erhöhen und neue Erhöhungen in Aussicht zu stellen, war diesmal entschlossen, nicht mehr als 6 Prozent zu gewähren. Trotzdem mußte sie sich im November mit Lohnerhöhungen einverstanden erklären, die zusammen mit denen vom April 70 bis 100 Prozent ausmachten.

Dieser Sieg der Arbeiter hatte zwei wichtige Folgen: erstens verschaffte er den Arbeitern eine legale Grundlage, für die Einhaltung dieser Bestimmungen, für neue ökonomische Forderungen und für die Erhaltung der bereits errungenen zu kämpfen; zweitens gab er ihnen die materielle Möglichkeit, neue Kraft zu sammeln und die Erfahrungen mehrerer Kampfmonate auszuwerten. Das alles brachte in Verbindung mit der intensiven Tätigkeit unserer Parteiorganisationen in den wichtigsten Gebieten des Landes eine spürbare Hebung des Bewußtseins der Arbeiterklasse, ihrer Kampfentschlossenheit, Organisationsfähigkeit und Initiative in der Anwendung vielfältiger Kampfformen hervor. Die Arbeiterklasse hat somit die Fähigkeit erlangt, einen entscheidenden Einfluß auf die gesamte Entwicklung in Spanien auszuüben.

Wenig später begannen noch größere Aktionen. Am Boykott der städtischen Verkehrsmittel von Barcelona im Januar 1957 nahm die ganze Bevölkerung der Stadt teil und machte ihn zu einer machtvollen Demonstration der nationalen Einheit. Neben den Aufrufen der Vereinigten Sozialistischen Partei Kataloniens[1] erschienen Aufrufe anderer politischer Gruppen, die zwar ihre eigene Orientierung hatten, sich aber praktisch der Intitiative der Kommunisten anschlossen. Dieser Protest entwickelte sich zu einer klaren Widerstandsaktion gegen die Diktatur.

Bei den Aktionen, die am 7. und 8. Februar 1957 in Madrid

[1] 1936 schlossen sich die Kommunistische Partei Kataloniens, die Katalonische Föderation der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, die Sozialistische Union Kataloniens und die Proletarische Partei Kataloniens zur Vereinigten Sozialistischen Partei Kataloniens, das heißt zu einer marxistisch-leninistischen Partei, zusammen. *Die Red.*

stattfanden, trat der politische Charakter noch stärker in den Vordergrund. Die Arbeiterklasse Madrids folgte geschlossen der Aufforderung der Partei, die Verkehrsmittel zu boykottieren.

Das eindrucksvolle Auftreten der Arbeiter beim Boykott mobilisierte auch andere Bevölkerungsschichten, stärkte ihr Vertrauen und ihre Bereitschaft, an den gemeinsamen Kämpfen teilzunehmen. Die Folge dieser Aktion war eine Regierungskrise. Franco mußte sämtliche Minister ablösen.

Gleichzeitig mit den Kämpfen und Protestaktionen der Arbeiter kam es zu weiteren wichtigen Ereignissen, wie zum Beispiel die Studentenaktionen in Barcelona, Madrid, Sevilla und anderen Städten. Die hervorragendsten Intellektuellen des Landes setzten sich öffentlich bei der Regierung für die verhafteten und gemaßregelten Studenten ein.

Aus der Analyse dieser Ereignisse zog das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens auf seiner Tagung im Herbst 1957 folgende Schlußfolgerungen:

Erstens: Der wichtigste Faktor, der den Ablauf der Massenaktionen bestimmte, war die Kampfbereitschaft und das hohe Klassenbewußtsein der Arbeiter. Ihre entscheidende Teilnahme an den Kämpfen gab diesen ihren zusammenhängenden und zugleich entschlossenen und friedlichen Charakter.

Zweitens: Die Einheit vollzieht sich nicht mechanisch, nach vorher festgelegten Schemata, sondern auf dialektische, vielfältige Weise, voll Eigenheiten und Besonderheiten.

Drittens: Die nationale Aussöhnung ergibt sich nicht unbedingt als Folge allgemeiner politischer Übereinkünfte zwischen den Oppositionskräften der Rechten und der Linken. Sie ist vielmehr ein Prozeß von Teilabkommen, von begrenzten, oft nicht einmal formell festgelegten Übereinkünften, die das Ergebnis gemeinsamer Ziele und Aktionen sind.

Viertens: Die führende Rolle der Partei in diesem Prozeß zeigt sich vor allem in der Anerkennung ihrer Politik durch die Massen und in der Bereitschaft der Massen, diese Politik zu verwirklichen. Die führende Rolle der Partei zeigt sich außer-

dem in der teils stillschweigenden, teils ausdrücklichen Bereitschaft breiter sozialer und politischer Schichten, die Gesichtspunkte der Kommunisten zu den verschiedenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die der Kampf um die Demokratie in den Vordergrund rückt, ganz oder teilweise zu übernehmen.

Angesichts der nationalen Lage und der Erfahrungen aus den Kämpfen der Arbeiter und Studenten in der Zeit nach der Proklamierung unserer Politik der nationalen Aussöhnung, die die Tendenz zeigten, über den örtlichen Rahmen hinauszuwachsen und zu einer allgemeinen Erscheinung zu werden, angesichts auch der Bereitwilligkeit, mit der die Massen die Politik der nationalen Aussöhnung aufnahmen, unterbreitete das Zentralkomitee unserer Partei dem Volk und seinen politischen Führern den Vorschlag, einen großen Tag der nationalen Aussöhnung zu veranstalten, eine friedliche Demonstration gegen die Diktatur.

Auf diese Aktion konzentrierte unsere Partei im Verlauf dieses Jahres ihre größte Kraft; sie ist ihr größter Beitrag zur Vereinigung aller Franco-Gegner und zum Kampf gegen die Diktatur.

Eine dialektische Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Lande führte das Plenum des Zentralkomitees 1957 zu der Schlußfolgerung, daß die Kräfte, die auf einen umfassenden Pakt gegen die Diktatur hinarbeiten, so stark geworden sind, daß sie bereits einige aus der Aktion geborene Teilabkommen abgeschlossen und nicht wenige Berührungspunkte für gemeinsame Aktionen gefunden haben.

Die erzielten Fortschritte hindern uns aber nicht, auch die Schwierigkeiten zu sehen, die sich der nationalen Aussöhnung und besonders einem konkreten Abkommen zwischen der Rechten und der Linken zum gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur noch entgegenstellen.

Diese Schwierigkeiten haben ihre Ursache in der schwankenden Haltung der rechten Oppositionskräfte, die noch nicht end-

gültig mit Franco gebrochen haben und ihn im wesentlichen weiter unterstützen. Das gilt zum Beispiel für die Gruppe um den Katholischen Verlag, der offiziell unter der Leitung des ehemaligen Außenministers Martín Artajo steht. Der wahre Führer ist jedoch ein kirchlicher Würdenträger, Bischof Herrera. Die Haltung dieser und ähnlicher Gruppen ist darauf zurückzuführen, daß sie die Folgen einer demokratischen Entwicklung in Spanien fürchten. Ein Hindernis für die Einheit sind auch jene Kräfte, die die Möglichkeit einer Verständigung mit der Linken, aber unter Ausschluß der Kommunistischen Partei, ins Auge fassen, mit der Absicht, die Interessen der Oligarchie und der Großgrundbesitzer unangetastet zu lassen.

Im demokratischen Lager bleibt das Haupthindernis für die Einheit die antinationale und antidemokratische Haltung der leitenden Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens. Die Devise der Führung dieser rechtssozialistischen Partei — das zeigte sich ganz klar auf ihrem VII. Parteitag im August 1958 — lautet: „Gegen Franco und gegen die Kommunisten." Unter dieser Devise sucht sie zu verbergen, daß sie energischer gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunisten kämpft als gegen Franco, und damit erweckt sie den Eindruck, die Kommunisten wären der Hauptfeind.

Gegen die Einheit wirkt auch die lange Periode des Antikommunismus, der antikommunistischen Lügen- und Verleumdungskampagne Francos, die im Denken vieler bürgerlicher und kleinbürgerlicher Elemente ihre Spur hinterlassen hat, so daß diese die Kommunisten und ihre Politik so sehen, wie Franco, die Imperialisten und ihre Agenten sie ihnen darstellen.

Ein weiterer negativer Faktor, der eine sehr wesentliche Rolle spielt, ist die internationale Lage Spaniens, die Tatsache, daß es im kapitalistischen Westeuropa liegt und vom amerikanischen Imperialismus in eine politische und militärische Basis für seine Aggressionspläne gegen die Sowjetunion, das sozialistische Lager und die um ihre Befreiung kämpfenden Kolonialländer verwandelt wurde.

Die Absicht, die Kommunistische Partei Spaniens aus einer Koalition der Franco-Gegner auszuschließen, verzögert und erschwert die Bildung einer solchen Koalition. Diese Verzögerung nutzt Franco, um sich an der Macht zu halten und seine Diktatur zu verlängern.

Die fehlende Einheit der Oppositionskräfte ist heute der Hauptfaktor, der seinen Sturz verzögert.

Trotzdem weist die Entwicklung der Ereignisse in unserem Lande darauf hin, daß der Sturz der Diktatur unvermeidlich ist.

Wie werden wir uns verhalten, wenn all unseren Bemühungen zum Trotz der starke Druck des amerikanischen Imperialismus, des Vatikans und einiger rechter Führer der II. Internationale, gestützt auf den Antikommunismus in der Leitung der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens und mit Hilfe einiger rechter Elemente, dennoch eine politische Koalition ohne unsere Partei erzwingt? Wir werden unter keinen Umständen in eine sektiererische Haltung verfallen, die uns isolieren würde, sondern die wahren Tatsachen vor den Massen enthüllen und ihnen zeigen, wer ihre wahren und wer ihre falschen Freunde sind. Wir werden die von oben aufgezwungene Spaltung durch die Einheit von unten unwirksam machen und uns dabei auf die Massenbewegung der Bevölkerung und auf jene Führer dieser Bewegung stützen, die am engsten mit den Massen verbunden sind und am wenigsten dem reaktionären und imperialistischen Einfluß unterliegen.

Die Bildung einer Koalition ohne Kommunisten hätte zweifellos einen Dualismus in der Leitung der nationalen Bewegung gegen Franco zur Folge. Auf der einen Seite stünde der leitende Organismus dieser Koalition, auf der anderen die Kommunistische Partei und die demokratischsten Kräfte, die im Einvernehmen mit uns auftreten. Diese zweite Koalition hätte eine große Massenbewegung hinter sich.

Die Möglichkeit von zwei nebeneinanderlaufenden Koalitionen, die von unserer Partei seit einem Jahr in Betracht gezogen wird, tritt zwar in letzter Zeit immer stärker in den Vorder-

grund, hat sich aber in der Praxis noch nicht verwirklicht. Unser Einfluß unter den demokratischsten Kräften des Landes und unter den Massen ist dagegen heute schon eine Realität. *Der Tag der nationalen Aussöhnung am 5. Mai 1958 war ein Beweis dafür.*

Als unsere Partei die Durchführung eines Tages der nationalen Aussöhnung vorschlug, ging sie davon aus, daß die Massenaktionen von 1956 und mehr noch die von 1957 die Tendenz aufwiesen, sich auf ganz Spanien auszudehnen und einen gesamtnationalen Charakter anzunehmen.

Auf diese Erfahrungen gestützt, begann unsere Partei, die Notwendigkeit einer nationalen Demonstration gegen die Diktatur zu propagieren. Zur Plattform dieser Aktion erhob sie Forderungen, die allen Bevölkerungsschichten von der Arbeiterklasse bis zur nationalen Bourgeoisie gemeinsam sind: *Gegen die Teuerung und die Wirtschaftspolitik der Franco-Diktatur; Amnestie für alle politischen Gefangenen und Emigranten und politische Freiheiten.*

Die Aktion war nicht als ein Umsturz gedacht, der uns und die Massen zu einem gewaltsamen Zusammenstoß mit der Diktatur gebracht hätte, sondern als eine friedliche Mobilisierung, eine Demonstration der Einheit aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die eine Veränderung der gegenwärtigen Lage wünschen, ein Zusammenwirken von Katholiken, christlichen Demokraten verschiedener Tendenzen, Monarchisten, Liberalen, Republikanern, Nationalisten, Sozialisten, Anarchisten, Kommunisten und sogar Falangisten, die mit der vorgeschlagenen Plattform einverstanden wären.

Daß es kein politisches Zentrum aus Vertretern aller Oppositionskräfte gab, um eine solche Aktion zu leiten, schien ein großes Hindernis zu sein und den Erfolg zu gefährden. Unsere Partei, die schon vorher die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens aufgefordert hatte, die gegenwärtige Lage und unsere Vorschläge gemeinsam mit uns zu prüfen, und die auch Verbindung zu anderen republikanischen Gruppen hatte, bemühte

sich erneut um Verständigung. Da es sich aber als unmöglich erwies, einen gemeinsamen Beschluß zu fassen, hielten wir das Fehlen eines einheitlichen Zentrums nicht für ein unüberwindliches Hindernis. Die vorangegangenen Massenaktionen waren uns in dieser Beziehung ein lehrreiches Beispiel.

Nachdem der Beschluß zur Durchführung des Tages der nationalen Aussöhnung gefaßt worden war, wandte sich unsere Partei trotzdem nochmals an alle anderen politischen Kräfte, besonders an die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens, und schlug ihnen die Teilnahme an der geplanten Aktion vor. Als unmittelbaren positiven Schritt schlugen wir ihnen außerdem den Abschluß eines *politischen Waffenstillstands zwischen den rechten und linken Oppositionskräften* vor.

Die zentralen Leitungen dieser Organisationen, die sich in der Emigration befinden, konnten sich weder dazu entschließen, den Tag der nationalen Aussöhnung zu unterstützen, noch reagierten sie auf unseren Vorschlag eines politischen Waffenstillstands. Unsere Partei ist jedoch, im Einverständnis mit anderen Gruppen in Spanien, selbst an die Verwirklichung ihres Beschlusses gegangen.

Für ein entscheidendes Element zur Durchführung des Tages der nationalen Aussöhnung hielt unsere Partei das zu erwartende Ansteigen der Massenkämpfe, der Volksaktionen, die tausend Formen annehmen und die vielfältigsten Schattierungen aufweisen sollten. Wir konzentrierten all unsere Bemühungen auf diesen Kampf. Daneben begannen wir, den Gedanken des Tages der nationalen Aussöhnung zu propagieren, und bedienten uns dabei der verschiedensten Mittel, von Rundfunksendungen und der Verteilung unseres Zentralorgans „Mundo Obrero“ (Arbeiterwelt) bis zur Verteilung von Hunderttausenden von Flugblättern. Die Aufnahmebereitschaft wurde immer größer, besonders nach dem bereits erwähnten glänzenden Sieg der Arbeiterklasse bei den Gewerkschaftswahlen.

Franco und die Organe der Diktatur entfesselten einen wütenden Terror, um die Vorbereitung der Aktion zu unter-

drücken. Im Januar wurden in Madrid, Zaragoza und Valencia Dutzende von Studenten und Arbeitern verhaftet. Diese Verhaftungen riefen große Unzufriedenheit bei allen Schichten der Bevölkerung hervor, sogar bei einigen der Regierung nahestehenden Leuten. Daneben entfesselte die Diktatur eine heftige antikommunistische Kampagne. Die Aktion der Massen ließ sich aber nicht mehr aufhalten.

Einen prächtigen Auftakt zum Tag der nationalen Aussöhnung bildeten die Streiks der 30 000 asturischen Bergarbeiter, der mehr als 50 000 Metall-, Textil- und anderen Arbeiter in Katalonien und tausender weiterer Arbeiter in Valencia und im Baskenland. Diese Streiks, in denen unsere Partei eine hervorragende Rolle spielte, schufen ein sehr geeignetes Klima für die große Demonstration, die am 5. Mai stattfinden sollte. Die Vorbereitung wurde acht Monate lang mit offenem Visier vor aller Augen durchgeführt.

Seit dem 25. April zirkulierten in ganz Spanien Zehntausende von Flugblättern mit einem Aufruf zum Tag der nationalen Aussöhnung. Der Ruf drang überallhin und löste bei der Arbeiterklasse und bei den Volksmassen große Begeisterung aus. In den ersten Maitagen stieg die Spannung fast ins Unerträgliche. Es gab kein anderes Gesprächsthema mehr. Die Stimmung war hervorragend.

Diese Atmosphäre drang aus Fabriken und Gruben hinaus auf die Straße, hinein in die Redaktionsstuben der Zeitungen, in die Ämter, Kirchen, Priesterseminare und Kasernen der Armee und Staatssicherheit. Die Regierung mobilisierte all ihre Gegenkräfte. Presse, Rundfunk und Fernsehen zogen gegen den Tag der nationalen Aussöhnung zu Felde. Aus Flugzeugen wurde Material abgeworfen, das die Ziele der Aktion grob verfälschte. Die 6. Amerikanische Flotte hielt sich in den wichtigsten spanischen Mittelmeerhäfen auf. Ihre Befehlshaber, die an der Militärparade vom 4. Mai teilnahmen, steiften durch ihre Anwesenheit der Diktatur den Rücken. Unter dem Vorwand der Militärparade zum Tag des Sieges – der sonst immer am 1. April

begangen wird, diesmal aber auf den 4. Mai verschoben wurde – mobilisierte die Regierung nicht nur die Polizei und die Zivilgarde, sondern sogar das Heer. Die Unterdrückungsmaßnahmen wurden verschärft. Tausende von Gewerkschaftsverbindungsleuten wurden verhört, bedroht oder festgenommen. Die Regierung ließ bekannte Franco-Gegner verhaften. Sie tat alles, um eine Atmosphäre des Schreckens, des Terrors und des Bürgerkrieges zu schaffen.

Trotz allem kam es am 5. Mai in verschiedenen Städten, vor allem in Madrid und Valencia, zu starken Boykotts der städtischen Verkehrsmittel. Millionen Industriearbeiter und zum ersten Mal seit dem Beginn der Diktatur auch Landarbeiter beteiligten sich mit Streiks, Arbeitsniederlegungen und anderen Protestaktionen am Tag der nationalen Aussöhnung.

Die Frauen in den Industriegebieten und auf dem Lande erledigten an diesem Tag keine Einkäufe und gingen weder in die Geschäfte noch auf den Markt. An vielen Orten schickten die Mütter ihre Kinder nicht zur Schule.

In Levante, Andalusien und Extremadura schlossen sich Tausende von Bauern der Aktion an. Sie gingen an diesem Tag nicht auf die Straße oder wählten andere, eigene Formen des Protestes gegen die Diktatur.

Der Tag fand Anklang bei Großbauern und mittleren Grundbesitzern. An vielen Orten schlossen sich auch die Kaufleute an. Es gab Industrielle, die im Einvernehmen mit den Arbeitern ihre Betriebe schlossen. Auch die Studenten nahmen in der einen oder anderen Form an den Aktionen teil, obwohl sie mitten in den Prüfungen standen. Es beteiligten sich Intellektuelle und Künstler, einige Geistliche, Militärs, Seminaristen, Monarchisten, katholische Gruppen und Einzelpersonen aller politischen Richtungen aus dem Lager der Linken und der Rechten, die sich über die Anweisungen ihrer zentralen Leitungen hinwegsetzten.

Eine besondere Bedeutung hatte die starke Beteiligung von Tausenden von Landarbeitern und Bauern, denn es handelt sich

bei diesen um die Hauptverbündeten des Proletariats. Das gleiche gilt für die starke Beteiligung von Hunderttausenden von Frauen. Aber einer der beeindruckendsten Züge dieser Aktion war ihr friedlicher Charakter.

Als Gipfelpunkt einer breiten Protestbewegung war der Tag der nationalen Aussöhnung eine gewaltige nationale Demonstration gegen die Diktatur Francos, ein einzigartiger Volksentscheid, sowohl was seine geographische Ausdehnung als auch die Zahl und Vielfalt der beteiligten Bevölkerungskreise anbelangt. Der 5. Mai bewies die Richtigkeit der Politik der nationalen Aussöhnung unserer Partei und ihrer friedlichen Taktik.

Das Politbüro unseres Zentralkomitees erklärte: „Der Tag der nationalen Aussöhnung am 5. Mai und die Aktionen zu seiner Vorbereitung waren die erste große politische Bewegung nationalen Maßstabes gegen die Franco-Diktatur. Mit diesem Tag hat eine neue Phase im Freiheitskampf des spanischen Volkes begonnen, eine Phase, in der der Sturz der Diktatur dringend und konkret auf der Tagesordnung steht."

Es gelang der Regierung nicht, gegen den Tag der nationalen Aussöhnung auch nur eine politische Gruppe auf die Straße zu bringen, eine Massenbewegung zu mobilisieren. Das zeigt, wie isoliert die Diktatur ist und daß ihr jede Massenbasis fehlt.

Angesichts dieser Situation erhebt sich folgende Frage: Was wäre am 5. Mai in Spanien geschehen, wenn die rechten und linken Franco-Gegner einheitlich aufgetreten wären, entschlossen, eine friedliche Lösung zu erzwingen? Die Antwort darauf ist eindeutig: Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Diktatur das nicht überlebt hätte.

Deshalb erhebt sich in dieser neuen Phase die unausweichliche Notwendigkeit, ein einheitliches Organ zu schaffen, ein Zentrum, das die Aktion aller oppositionellen Parteien und Organisationen koordiniert. Unsere Partei scheut keine Anstrengung, um die Schaffung eines solchen Zentrums zu erreichen.

Mit der Politik der nationalen Aussöhnung und der Taktik des friedlichen Kampfes hat die Kommunistische Partei Spa-

niens das Problem der Einheit aller Franco-Gegner in einer Weise gestellt, die für alle annehmbar ist. *Der Tag der nationalen Aussöhnung hat bewiesen, wie groß die Kampfesmöglichkeiten in Spanien sind.*

Die Kommunistische Partei Spaniens trat am Tag der nationalen Aussöhnung als der entscheidende politische Führer des Volkes in Erscheinung und erwies sich mehr denn je als eine große nationale Partei mit gewaltigem Masseneinfluß. Unsere Partei bemüht sich auch weiterhin entschlossen, die Führungen aller francofeindlichen Gruppen von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes zum Sturz der Diktatur zu überzeugen. Gleichzeitig aber bemüht sie sich, eine große nationale Oppositionsbewegung zu schaffen, deren treibende Kraft die Arbeiterklasse und die Volksmassen sind.

Der Kampf der Massen, an ihrer Spitze die Arbeiterklasse, wird schließlich den Widerstand der einheitsfeindlichen Führer brechen. Er wird die Einheit erzwingen und beim Sturz der Diktatur und in der kommenden demokratischen Entwicklung Spaniens die entscheidende Rolle spielen.

September 1958

Der 5. Mai 1958 – ein großer Tag für Spanien

Die Initiative

Wenn wir doch so etwas im ganzen Land machen könnten . . .!

Wie oft hörte man diesen Satz in den Straßen Madrids und Barcelonas, als dort im Januar und Februar 1957 der große Boykott der Verkehrsmittel stattfand.

Das war kein zufälliger Satz. Damit wurde nicht schlechthin ein Wunsch ausgesprochen. Diese Worte zeigten vielmehr, daß sich die Massen einer überaus wichtigen politischen Erscheinung bewußt wurden. Sie spürten in ihren Aktionen die Tendenz, sich zu verbreitern, um sich zu greifen, das ganze Land zu erfassen.

1956 übten die Streiks in Navarra und im Baskenland eine nachhaltige Wirkung auf Barcelona, Zaragoza, Valencia, Madrid, Asturien, Valladolid und andere Orte aus. 1957 trat diese Tendenz noch deutlicher zutage. Der Boykott von Barcelona fand seine Fortsetzung im Boykott von Madrid und dieser wieder in den Boykotts von Valladolid und Córdoba, in den Demonstrationen von Sevilla, in den Aktionen von Valencia, Alcoy und anderen Orten, in den großen Streiks der Bergarbeiter von Asturien.

Aus dieser Entwicklung der Volksbewegung heraus erwachte in Tausenden von Spaniern die Idee einer friedlichen, gesamtnationalen Demonstration gegen die Diktatur. Die Kommunistische Partei griff diese Idee auf, brachte sie in einer Erklärung ihres Politbüros vom 9. Februar 1957 zum ersten Mal an die Öffentlichkeit, diskutierte sie in ihren Parteiorganisationen und mit anderen Oppositionsgruppen.

Im September 1957 trat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens zusammen. Auf der Tagesordnung stand eine entscheidende Frage: „Die Massenkämpfe und der nationale Tag der friedlichen Demonstration gegen die Diktatur", zu der Genosse Vicente Sáinz den Bericht erstattete. Es folgte eine gründliche Diskussion mit wertvollen Beiträgen verschiedener Funktionäre, die sich unmittelbar auf die lebendigen Erfahrungen an verschiedenen Orten im Innern des Landes stützten.

Das Zentralkomitee entwarf und billigte eine Resolution, in der diese aus den Massen selbst geborene Initiative in die Massen zurückgetragen wurde, aber in neuer Form, auf eine tiefe politische Argumentation gestützt, systematisiert, mit einer klaren Definition des Charakters und der Ziele dieser Aktion, mit einer gründlichen Analyse der Formen, die sie annehmen konnte. In dieser Resolution erhielt die Aktion auch ihren Namen: *Tag der nationalen Aussöhnung.*

Charakter und Ziele

Der Tag – so betonte die Kommunistische Partei vom ersten Augenblick an mit aller Klarheit – wird kein Tag des Aufruhrs sein, wird nicht das Ergebnis einer Verschwörung sein. Er wird kein Versuch sein, einen gewaltsamen Stoß gegen die Diktatur zu führen. Er ist weder gegen die Armee noch gegen die anderen bewaffneten Kräfte, noch gegen die Beamten gerichtet. Er ist auch gegen keine politische Gruppe gerichtet, nicht einmal gegen die Falangisten, die zu einem sehr großen Teil mit der Politik Francos unzufrieden sind.

Der Tag der nationalen Aussöhnung wird eine große, friedliche Massenaktion gegen die Diktatur sein. Da die spanische Nation nicht die Möglichkeit hat, ihren Willen durch Wahlen zu bekunden, wird der Tag die Bedeutung eines großen *nationalen Volksentscheides* gegen die Diktatur Francos haben.

Um die Ziele dieses Tages zu bestimmen, galt es, von den

Problemen und Bestrebungen auszugehen, über die in den verschiedensten Klassen und Schichten des Landes die größte Übereinstimmung besteht, von den Fragen, die am dringendsten einer Lösung bedürfen.

Der Kampf der Arbeiter war und ist die treibende Kraft, die auch die anderen Schichten der Bevölkerung zu Aktionen gegen die Diktatur anspornt. Die Forderungen der Arbeiter (ein ausreichender Mindestlohn, gleitende Lohnskala, Achtstündentag, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Arbeitslosenversicherung usw.), die Forderungen der Bauern nach angemessenen Preisen für ihre Produkte, die Proteste der Bauern, Gewerbetreibenden, nichtmonopolistischen Industriellen usw. gegen die Steuern, die einmütigen Proteste gegen die erschreckenden Preissteigerungen – sie alle fließen sozusagen an einem Punkt zusammen: im Kampf gegen die Teuerung und gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung.

Die Tatsache, daß sich die Spanier – gleichgültig auf welcher Seite sie im Bürgerkrieg gekämpft haben – immer stärker zur nationalen Aussöhnung hingezogen fühlen, daß sie die Nachwirkungen dieses Krieges beseitigt sehen wollen, verlangt immer gebieterischer die Beendigung eines Zustandes, in dem Tausende von Spaniern zu einem Dasein hinter Gefängnismauern oder in der Emigration verurteilt sind. Wissenschaft, Kunst, die Entwicklung des Landes auf allen Gebieten würden eine wesentliche Bereicherung erfahren, wenn sich diese Menschen wieder in das normale Leben einfügen könnten. Eine umfassende Amnestie ohne weitere Repressalien für die Amnestierten trüge entscheidend dazu bei, die Kluft zu schließen, die der Krieg zwischen den Spaniern aufgerissen hat. Die Gegner Francos müßten sich ihrerseits verpflichten, keine rückwirkenden Strafprozesse einzuleiten.

Der Wunsch nach politischen Freiheiten beschränkt sich keineswegs auf kleine Schichten im Lande. Er ist im Gegenteil zu einer dringenden Forderung des ganzen Volkes geworden. Die verschiedenen Klassen und Schichten, die verschiedenen

politischen Gruppen haben aus der Erfahrung gelernt, daß sie ihre heute so schwer geschädigten Interessen nur dann verteidigen können, wenn politische Freiheit herrscht.

Deshalb schlug die Kommunistische Partei für den Tag der nationalen Aussöhnung folgende Forderungen vor:

Schluß mit der Teuerung und der Wirtschaftspolitik Francos;
Amnestie für die politischen Gefangenen und Emigranten;
politische Freiheiten.

Aktionsformen

Es versteht sich von selbst, daß genaue Formen zur Durchführung der Aktion nicht vorher bestimmt werden konnten. Die Kommunistische Partei hat jedoch eine Vielfalt von Anregungen gegeben und dabei die verschiedenen Bevölkerungsschichten im Auge gehabt, die zur Teilnahme an dieser Aktion aufgerufen waren. Es ist nicht müßig, hier einige der Hinweise zu wiederholen, die das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei im September 1957 gab und deren Richtigkeit durch den weiteren Gang der Ereignisse voll bestätigt wurde.

Den Industrie- und Landarbeitern wurden Streiks oder kürzere Arbeitsniederlegungen am Arbeitsplatz vorgeschlagen, die je nach den gegebenen Möglichkeiten entweder den ganzen Tag oder nur einen Teil des Tages dauern und in der Form durchgeführt werden sollten, die für den betreffenden Ort am geeignetsten war. Den Bauern wurde vorgeschlagen, den ganzen Tag oder einen Teil des Tages in ihren Häusern zu bleiben. Ein besonderer Aufruf richtete sich an die Hausfrauen. Den Kaufleuten wurde nahegelegt, ihre Solidarität dadurch auszudrücken, daß sie in den Morgenstunden oder auch den ganzen Tag über ihre Geschäfte geschlossen hielten. Auch die Industriellen könnten ihre Betriebe an diesem Tag schließen oder die Arbeit einstellen. Noch viele andere Aktionen wurden angeregt, an denen die ganze Bevölkerung teilnehmen konnte, zum Beispiel ein allgemeiner Boykott der Verkehrsmittel, der Zeitungen usw.

Diese Hinweise waren nicht als starre Richtlinie für die Durchführung der Aktion gedacht. Im Gegenteil, die Kommunistische Partei war gewiß, daß die Initiative der Massen und der verschiedenen teilnehmenden Gruppen neue, reichhaltigere und vielfältigere Formen hervorbringen werde. Von Anfang an wurde betont, daß die Aktionsformen so vielseitig und verschiedenartig wie möglich sein sollten. Das ist nicht von ungefähr. Unter den gegenwärtigen Bedingungen unseres Landes, in dem das Niveau des politischen Bewußtseins und der oppositionellen Tätigkeit nicht einheitlich ist, sondern sehr große Unterschiede aufweist, war ein umfassender Volksentscheid nur unter der Voraussetzung denkbar, daß die gemeinsame Opposition gegen die Diktatur, der gemeinsame Wunsch nach einer politischen Veränderung in die verschiedensten Formen gekleidet wurde.

Vom ersten Augenblick an hat die Kommunistische Partei unterstrichen, daß der Tag der nationalen Aussöhnung eine friedliche Demonstration sein werde, eine ernste Warnung des Volkes an jene, die für die schwere Not der Nation nur taube Ohren haben.

Über den Zeitpunkt der Aktion hieß es, daß sich aus der Vorbereitung selbst der Augenblick ergeben werde, an dem möglichst viele günstige Voraussetzungen zusammenträfen. Die Kommunistische Partei rechnete sogar mit der Möglichkeit, daß die „Aktion vielleicht nicht überall gleichzeitig stattfinden, sondern in einer oder mehreren Provinzen beginnen und dann von einem Ort auf den anderen überspringen könnte, bis sie das ganze Land durchlaufen hätte".

Das Werk aller Spanier

Als die Kommunistische Partei in ihrer Resolution vom September 1957 die Durchführung des Tages der nationalen Aussöhnung vorschlug, erhob sie damit durchaus keinen Anspruch auf Exklusivität. Sie betonte vielmehr vom ersten Augenblick

an, der Tag der nationalen Aussöhnung müsse „das Werk aller Spanier" sein.

„Wir Kommunisten", so heißt es in der erwähnten Resolution, *„betrachten diese Aktion als ein Zusammenwirken von Katholiken, christlichen Demokraten verschiedener Richtungen, Monarchisten, Liberalen, Republikanern, Nationalisten, Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten.* Wir sind dafür, daß selbst solche falangistischen Gruppen daran teilnehmen, die es wünschen und mit dem Charakter der Aktion einverstanden sind."

Die Kommunistische Partei bekundete gleichzeitig, sie werde mit aller Entschlossenheit darauf hinwirken, für die Aktion ein einheitliches politisches Zentrum, eine einheitliche Leitung zu schaffen. Falls sich aber die Schaffung einer solchen einheitlichen Leitung durch die Haltung anderer Oppositionskräfte als unmöglich erweisen sollte, müsse diese Schwierigkeit so weit wie möglich durch gegenseitige direkte oder indirekte Kontakte mit den verschiedenen Oppositionsgruppen und -organisationen auf allen Ebenen überwunden werden.

Tatsache ist, daß die Kommunistische Partei in den Monaten zwischen September 1957 und Mai 1958 vom Zentralkomitee bis hinab zu den Grundeinheiten und einzelnen Mitgliedern ihre Einheitsbemühungen erheblich verstärkte, daß sie trotz des Terrors und unter den schweren Bedingungen der Illegalität beharrlich und geduldig bemüht war, sich mit anderen Parteien oder Gruppen zu verständigen, Übereinkünfte zu treffen und Berührungspunkte zu finden, um den Tag der nationalen Aussöhnung gemeinsam vorzubereiten.

Die Leitung der Kommunistischen Partei nahm zahlreiche direkte Verbindungen mit den anderen Kräften der Opposition auf, um das ersehnte Übereinkommen zur Durchführung der Aktion zu erreichen. Bei den zentralen Leitungen führten diese Bemühungen nicht zu dem gewünschten Erfolg. Die zentralen Leitungen erklärten sich nicht bereit, den Tag der nationalen Aussöhnung zu unterstützen, sprachen sich aber auch nicht dagegen aus.

Rasch begann die Idee eines Tages der nationalen Aussöhnung im ganzen Land Anklang zu finden, besonders unter den Arbeitern, Studenten und Intellektuellen, unter den politisch interessiertesten Kreisen und in den Orts- und Provinzleitungen verschiedener francogegnerischer Gruppen oder Strömungen.

Die zahlreichen Diskussionen, die diese Idee überall im Lande auslöste, brachten bald wesentliche Erfolge. In vielen Betrieben, Kulturzentren, Dörfern usw. entstanden Organisationsgruppen zur Vorbereitung und Durchführung der Aktion. In mehreren Fällen kam es auf örtlicher, provinzieller oder regionaler Ebene zu Übereinkommen mit sozialistischen, demokratischen, liberalen und katholischen Gruppen, die sich entschlossen, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei den Tag der nationalen Aussöhnung vorzubereiten.

Die Verhaftung der 44

Am 18. Januar 1958 gaben die Sicherheitsorgane der Diktatur die Verhaftung von 44 Bürgern bekannt. Es waren 44 junge Menschen, Arbeiter, Studenten und Angestellte. Ein Kommuniqué der Generaldirektion für Sicherheit zählte die gegen sie erhobenen Beschuldigungen auf und behauptete unter anderem, sie seien an der Vorbereitung des Tages der nationalen Aussöhnung beteiligt. Auf diese Weise gelangte das Wort nationale Aussöhnung zum erstenmal in die Spalten der offiziellen Presse, und damit begann auch die von höchster Stelle befohlene Pressekampagne gegen den Tag. Die Zeitungen wetteiferten miteinander, den Charakter des Tages zu entstellen und zu verfälschen, ihn als eine gewaltsame Aktion zum Sturz der öffentlichen Ordnung hinzustellen.

Die Verhaftung der 44 wurde von den Behörden mit lautem Reklamegeschrei aufgebauscht. Innenminister Camilo Alonso Vega höchstpersönlich informierte die ausländischen Journalisten. Er teilte ihnen mit, die Verhaftungen seien der bedeu-

tendste Schlag gegen die Opposition seit Kriegsende und ähnliches mehr.

Sofort wurde eine wütende Pressekampagne um die nationale Aussöhnung entfesselt. Diese sei nichts als ein Deckmantel für die fürchterlichsten Verschwörungen und Komplotte, die im Ausland gegen Spanien geschmiedet würden. Der große, von Millionen Spaniern aus tiefstem Herzen begrüßte Gedanke der nationalen Aussöhnung wurde als „Vaterlandsverrat" bezeichnet.

Die Verhaftung der 44 und die damit verbundene Propaganda zeigten unmißverständlich die Angst der Regierung vor dem Erstarken der Opposition, vor der bereitwilligen Aufnahme, die der Tag der nationalen Aussöhnung in immer breiteren Kreisen fand.

Man brauchte kein Hellseher sein, um festzustellen, daß die Regierung eine möglichst große Verwirrung stiften wollte. Ihr kam es darauf an, den wahren Charakter dieser Aktion zu verfälschen, den Tag der nationalen Aussöhnung in den schwärzesten Farben zu malen, um Mißtrauen, Zweifel und Ablehnung zu schaffen.

Mit großsprecherischen Prophezeiungen, die sich bald gegen sie selbst richteten, wollte die Regierung glauben machen, mit der Verhaftung der 44 sei die Organisation der Kommunistischen Partei zerschlagen und damit die Vorbereitung des Tages der nationalen Aussöhnung tot und begraben. Diese Prophezeiung erwies sich allerdings als Bumerang.

Um zu verhindern, daß der Gedanke der nationalen Aussöhnung, des friedlichen Zusammenlebens aller Bürger, um sich greife, brauchte es mehr als die Verhaftung von 44 Spaniern. Dazu hätte Franco schon die große Mehrheit des spanischen Volkes hinter Schloß und Riegel bringen müssen.

Statt der Propagierung und Vorbereitung des Tages einen Riegel vorzuschieben, hat die Verhaftung der 44 gerade das Gegenteil bewirkt. Die Solidarität mit den 44, der Kampf um ihre Befreiung wurde ein neuer Beweggrund, ein neuer

Ansporn, mit frischer Kraft an die Vorbereitung des Tages zu gehen. Und die offizielle Propaganda, deren Aufgabe es war, den Tag der nationalen Aussöhnung durch den Schmutz zu ziehen, trug häufig dazu bei, daß Spanier, die bisher noch nichts davon gewußt hatten, sich jetzt erst für diese Initiative interessierten und sie unterstützten. Unser Volk hat durch langjährige Erfahrungen die Kunst erlernt, hinter den Lügen der offiziellen Presse bestimmte Wahrheiten zu ergründen!

Die Aktion für die 44 Verhafteten nahm außerordentliche Ausmaße an. Als ein Oberst der Armee davon erfuhr, sagte er: „Man muß sich nur die Namen ansehen... Viele sind Söhne oder Angehörige derjenigen, die am stärksten daran beteiligt waren, ‚diese ganze Geschichte' herbeizuführen, und heute nennt man sie Kommunisten. Es ist schon so, daß es eines schönen Tages anders kommt. Sie sind hoffnungslos verloren, denn sie sind nur eine Handvoll, und nicht einmal ihre Söhne halten zu ihnen."

Interessant ist die Tatsache, daß Monate später – am 5. Mai – eine Gruppe von 50 angesehenen Geistlichen aus Universitätskreisen, darunter der Kaplan Francos, dem Minister für Heereswesen ein Schreiben zugunsten der 44 überreichte.

Die Solidarität mit den 44 fand auch im Ausland ein beachtliches Echo: In Italien protestierte zum Beispiel die christlich-demokratische Jugendorganisation gegen diese Verhaftungen und bekundete ihre Solidarität mit den jungen Katholiken, die gegen die Franco-Diktatur kämpfen.

In Spanien selbst nahm der Kampf um die Befreiung der 44 in den Betrieben, an den Universitäten und in den verschiedensten Kreisen einen großen Umfang an. Er wurde ein wichtiger Beitrag zur Vorbereitung des Tages der nationalen Aussöhnung. Es ist kein Zufall, daß gerade zur Zeit der Verhaftung die englische Zeitung „Sunday Times" schrieb, „nach Ansicht politischer Beobachter . . . dürfte das Franco-Regime heute vor der größten Oppositionsbewegung der letzten zwanzig Jahre stehen".

So sollte es tatsächlich kommen.

Am Vorabend

„In allen Tälern haben die rauschenden Bächlein in jeden Stein, in jeden Kiesel die Losung gegraben:

Es gibt einen Ausweg! Tag der nationalen Aussöhnung!
Und im blühenden Monat Mai ist die Saat herangereift.
Keine Zwietracht, kein Hagel, kein Tyrann soll sie vernichten."

(Aus einem Flugblatt der Studenten)

Der April ist zu Ende. Überall herrscht Empörung, überall gehen Gerüchte von Mund zu Mund. Mit Kartoffeln, Zucker und Kaffee ist es nicht so reichlich bestellt. Die Preise der wichtigsten Konsumgüter steigen und steigen wie die Sputniks.

Die Regierung gibt bekannt, die Produktion des Landes sei gestiegen, an den Schwierigkeiten sei nur der übermäßige Verbrauch schuld. Franco versichert, noch nie habe man in Spanien so gut gelebt. Wahrscheinlich denkt er dabei an die Aktionäre der Banken und Aktiengesellschaften. Sie haben soeben *die höchste Dividende* eingesteckt, die das Gesetz zuläßt.

In einer Provinzzeitung schreibt ein Journalist:

„Angesichts der unerhörten Preise müssen wir unseren Frauen recht geben, wenn sie uns jeden Tag vorjammern: ‚Ich weiß nicht, was wir morgen essen werden!' Was wir auf dem Markt zu sehen bekommen, ist trostlos. Unerschwingliche Preise für Fische, Erbsen, Knoblauch, ganz zu schweigen von Fleisch, Eiern, Geflügel und Kaninchen, denn man könnte spaltenlang Wahrheiten schreiben, die es in sich haben."

Die Wahrheiten, die der Zeitungsschreiber nicht sagt (und nicht etwa, weil es ihm an Raum mangelt), sprechen die Menschen auf der Straße aus. „So weit haben uns also zwanzig Jahre Diktatur gebracht... Nicht einmal Kartoffeln gibt es... Wozu dann so viele Beschaffungs- und Kontrollorgane? Um sich besser die Taschen zu füllen."

Witze machen nicht satt, aber sie stechen wie die Mücken.

Ein Mann geht mit einer Kartoffel auf einem Teller umher und ruft: „Gegen eine Wohnung zu vertauschen."

Aber es liegen auch andere Dinge in der Luft als nur Witze: die Streiks, die Studentenaktionen. Auf dem Lande wächst mit jedem Tag die Bereitschaft der Bauern und Landarbeiter, die Verteidigung ihrer Interessen in die eigenen Hände zu nehmen. Die verschiedensten Schichten der Bevölkerung fühlen, „so geht es nicht mehr weiter". Selbst die Angehörigen der Sicherheitsorgane murren.

Eine machtvolle Bewegung der nationalen Opposition hat sich in Marsch gesetzt. Es ist etwas in Vorbereitung.

Aber wann? fragen viele ungeduldig und meinen damit die verheißungsvolle Entscheidung, die in den Massen der Spanier schon feste Wurzeln geschlagen hat.

Am Fünften. Die Antwort geht überall von Mund zu Mund.

„Was weißt du schon!", wird ein Arbeiter von seinen Kameraden abgefertigt. „Was ich weiß? Das hier." Und „das hier" ist ein gedrucktes Flugblatt, wie jetzt plötzlich Tausende in Spanien von Hand zu Hand gehen.

„Einwohner Madrids! Als Höhepunkt der Aktionen, die mit dem Streik der heldenhaften Bergarbeiter Asturiens eingeleitet wurden, findet am Montag, dem 5. *Mai,* überall in Spanien der große *Tag der nationalen Aussöhnung* statt. Er wird das Werk aller Spanier sein, eine friedliche, einmütige Volksabstimmung gegen die Diktatur, gegen Teuerung und Steuermißbrauch, für die Einträchtigkeit aller Spanier, für die Amnestie aller politischen Gefangenen und Emigranten und für bürgerliche Freiheiten.

Madrid, Hauptstadt und Herz Spaniens, wird am 5. Mai in der ersten Reihe stehen.

Totaler und friedlicher Boykott der städtischen Verkehrsmittel! Wir rufen euch auf, stundenweise oder den ganzen Tag die Arbeit niederzulegen, langsam zu arbeiten und am Fünften Überstunden zu verweigern, um so eine allgemeine Lohnerhöhung zu erzwingen.

Vorwärts zum Tag der nationalen Aussöhnung am 5. Mai!

(Einwohner Madrids: Vervielfältigt und verteilt dieses Blatt.)"

Zehn begehrliche Hände strecken sich nach dem Flugblatt aus. „Halt, nicht so stürmisch, ich habe nur drei!" Jeder einzelne kann überzeugend beweisen, daß gerade er das Flugblatt für seine Abteilung, seine Straße und seine Freunde am notwendigsten braucht. Aber es sind doch nur drei vorhanden! Der Meister, der auch zugehört hat, weiß Rat: „Im Büro steht eine Schreibmaschine. Nach der Arbeit machen wir ein paar Abschriften." An diesem Nachmittag verlassen 53 Flugblätter den Betrieb: 3 gedruckte und 50 mit der Maschine geschriebene.

In den letzten April- und ersten Maitagen regnet es überall in Spanien Flugblätter und Aufrufe: gedruckte, mit der Maschine geschriebene und handgeschriebene.

In Pamplona kleben plötzlich Flugblätter an den Häuserwänden. Es heißt, daß sie in verschiedenen Stadtvierteln „aus einem Auto" geworfen wurden. Die Kinder machen sich ein Vergnügen daraus, sie zu verteilen, ohne daß die Polizei etwas merkt. Auf dem Flugblatt heißt es:

„Einwohner von Pamplona ... Die Teuerung dringt in jedes Heim, zu Karlisten[1] ebenso wie zu Nationalisten, Katholiken, Sozialisten oder Kommunisten. Es gibt nur einen Ausweg: Kampf gegen die Diktatur!"

Im Bergbaugebiet von Asturien proklamiert ein Flugblatt: *„Asturianer!* Fordert die Befreiung eurer verhafteten Streikbrüder — am 5. Mai."

In einem Dorf der Provinz Murcia steht eine Gruppe vor einer Häuserwand. Die Leute lesen ein Flugblatt, das jemand dort angeklebt hat.

„Bauern und Gärtner Murcias! Bringt eure Produkte nicht auf den Markt. Zeigt so, daß ihr gegen die Diktatur seid."

Die Leute lesen, sehen sich gegenseitig an und lächeln. Einige gehen, andere kommen. Niemand reißt das Blatt ab.

In einem Dorf in Jaen läuft ein Blättchen unter den Bauern und Tagelöhnern um. Es ist schon „abgenutzt", weil es durch so

[1] Eine ultrareaktionäre monarchistische Gruppe, die die Nachkommen König Karls auf den Thron bringen will. *Die Red.*

viele Hände gegangen ist: *„Landarbeiter!* Am 5. Mai dürfen wir nicht zur Arbeit gehen."

„Wo hast du denn das her?" fragt einer. „Hast du nicht gesehen? Heute früh ist doch ein Flugzeug gekommen und hat sie abgeworfen." Der Frager blickt unschuldig zum Himmel auf. Die anderen lächeln verschmitzt. Das Flugblatt „fliegt" weiter von Hand zu Hand.

Tausende von Händen arbeiten

„Mädel, schreib mir dieses Blatt ein paarmal ab."

„Aber Mutter, wozu brauchen Sie denn das? Sie gehen ja doch nicht auf die Straße."

„Tu nur, was ich dir sage, du wirst schon sehen."

Die Tochter macht im Büro Abschriften und gibt sie der Mutter, einer Madrider Hauswartsfrau von denen, die „sich nicht in fremder Leute Sachen einmischen". Am nächsten Morgen finden alle Mieter unter der Tür ein Blatt: „Am 5. Mai ist Boykott. Kauft am Sonnabend ein!"

Juan arbeitet in einer großen Maschinenfabrik mit fast 3000 Beschäftigten. Er hat mit seinen Kameraden besprochen, was für den Tag der nationalen Aussöhnung zu tun ist. „Wir brauchen Flugblätter, viele Flugblätter, damit alle Bescheid wissen." Juan hat den Auftrag bekommen, den Text aufzusetzen. An diesem Abend sitzt er an seinem Küchentisch und schwitzt wie im Hochsommer. Endlich „hat er es": *„Für einen Mindestlohn von 85 Pesetas bei gleitender Lohnskala!"*

Frau Engracia ist Putzfrau in einer Versicherungsgesellschaft. Sie weiß, daß es dort einen Vervielfältigungsapparat gibt. Der Junge, der ihn bedient, ist von den „Guten". Der Junge und Frau Engracia haben sich verständigt. Die Flugblätter reichen für alle. Fünf Tage lang läßt Frau Engracia in der U-Bahn sauber zusammengefaltete Flugblätter in den Taschen der Fahrgäste verschwinden und legt sie auf die Sitze und Bahnsteige.

Ein Herr erzählt, in seinem Büro sei ein Angestellter, den er

immer für einen treuen Falangisten gehalten habe. Aber gerade dieser „Falangist" hat die Nachricht vom „Fünften" in das Büro gebracht und allen erzählt, daß er an diesem Tag zu Fuß gehen werde. „Sogar in der Straßenbahn habe ich Leute gesehen, die Flugblätter lasen", sagt er noch.

In einem staatlichen Betrieb zieht ein als Monarchist bekannter leitender Techniker ein Flugblatt aus der Tasche und sagt: „Sehen Sie, was aus einem Auto geworfen worden ist. Die Polizei war hinter ihm her." Niemand glaubt ihm die Geschichte mit dem Auto, aber alle lesen das Flugblatt. Ein Mitarbeiter zeigt es dem Generaldirektor. Er liest und reicht es mit den Worten zurück: „Das Schöne ist, daß sie recht haben."

Ein Lehrling spaziert von einem Ende der Werkhalle zum anderen, vorbei an den Arbeitern, die an ihren Maschinen stehen. Er singt aus voller Kehle: „Erster Januar ... zweiter Februar ... dritter März ... vierter April ... *fünfter Mai ... fünfter Mai ... fünfter Mai ...*", bis ihm jemand zuruft: „Schon gut, wir haben es ja alle gehört."

In einer Straße von Valencia wohnt ein Mann, von dem die Nachbarn immer sagten: „Der ist für Franco." Das *sagten* sie, denn eines schönen Tages, kurz vor dem 5. Mai, kommt er aus dem Haus und erzählt jedem, der ihm begegnet: „Wißt ihr schon? Am 5. darf man nicht mit der Straßenbahn fahren."

„Wer sagt denn das?"

„Ich habe es gestern abend im Radio gehört."

„In welchem Radio?"

„In welchem schon! Im guten natürlich!"

Der Nachtwächter eines Unternehmens hat in den Schubfächern der Angestellten ein Flugblatt gefunden. Er erstattet Anzeige und glaubt wohl, sich damit lieb Kind machen zu können. Die Polizei greift ein. Es werden Verhöre angestellt und einige Verhaftungen vorgenommen. Wenige Tage später ruft der Direktor den Wächter in sein Büro. „Ich bezahle Sie, damit Sie das Haus bewachen, und nicht, damit Sie herumschnüffeln, wo Sie nichts zu suchen haben."

In einem großen Theater unterbricht ein bekannter Schauspieler mitten in der Probe seinen Text und ruft: „Damit ihr es alle wißt: *am 5. Mai — Tag der nationalen Aussöhnung!*"

In einer Internatsschule der Jesuiten in Madrid, in der mit militärischen Methoden junge Menschen zu Facharbeitern, vor allen Dingen aber zu gehorsamen Untertanen der „bestehenden sozialen Ordnung" erzogen werden sollen, herrscht große Aufregung. Unter den Jungen zirkulieren Flugblätter, und auf den Gängen erscheinen mit der Hand geschrieben die Worte: *5. Mai.*

Ein alter Gegner des Franco-Regimes glaubte noch vor kurzer Zeit, daß im Augenblick nichts zu machen sei. Nun aber erzählt er einem Freund:

„Mir ist ein Aufruf in die Hände gefallen. Ich habe 27 Briefe geschrieben, die ich schon immer einmal schreiben wollte. Mit einem Spielzeugdruckkasten habe ich 50 Flugblätter gemacht und sie in der gleichen Nacht auf die Straße gebracht. Was sagst du dazu?"

Überallhin gelangt die Nachricht vom Tag der nationalen Aussöhnung. Es ist eine Aktivität, wie es sie seit dem Bestehen des Franco-Regimes noch nicht gegeben hat, denn diesmal haben Menschen aller Bevölkerungsschichten daran teilgenommen. In den Betrieben, in den Dörfern, an den Universitäten, in den Wohnungen, in den Ämtern und Privatbüros, überall gibt es Erklärungen, Kommentare und Diskussionen über die nationale Aussöhnung zur Beseitigung der Diktatur.

Die Frauen schalten sich ein

Wenn sich die Minister Francos genötigt sehen, von der Teuerung zu sprechen, lassen sie wohlweislich im Dunkeln, wer für die hohen Preise verantwortlich ist. Man möchte glauben, das Unglück bräche wie ein Fluch Gottes über Spanien herein, etwa wie die Plagen über Ägypten.

Wer ist schuld daran?

Die Flugblätter geben darauf Antwort:

„*Frauen!* Der Hauptverantwortliche für die Teuerung ist die Regierung Francos. Sie ist schuld daran, daß es an Kartoffeln, Zucker, Fleisch und anderen Lebensmitteln mangelt. Erledigt eure Einkäufe am 3. und 4. Mai. Geht am 5. Mai in kein Geschäft und auf keinen Markt."

„*Kaufleute!* Unsere Umsätze gehen zurück. Man will uns als die Verantwortlichen für die Teuerung hinstellen. Die Regierung erhöht mit dem neuen Abgabengesetz unsere Steuern. Sie zeigt damit, daß ihr nur die Interessen der großen Betriebe etwas gelten. Zur Verteidigung unserer Interessen müssen wir unsere Stimme mit der des ganzen Volkes vereinen!"

Die Frauen, nicht nur Arbeiterfrauen und -mütter, sondern alle, die mit einem festen Monatseinkommen schlecht und recht den Lebensunterhalt bestreiten müssen, alle, die im Geschäft und auf dem Markt ihre Augen auf die Preisschilder heften, sie fühlen, daß es auch um sie geht. Der Gedanke, am 5. Mai weder in die Geschäfte noch auf den Markt zu gehen, findet sofort Anklang, in den Städten wie in den Dörfern.

In den Geschäften gibt es immer wieder Gespräche wie das folgende:

„So kann es nicht weitergehen. Das Geld reicht einfach nicht mehr."

„Sie haben ganz Recht, liebe Frau, aber sehen Sie sich einmal an, was ich diese Woche für die Waren zahlen mußte. Ich werde bestimmt nicht reich dabei."

„Eine Schande ist das! Was soll daraus noch werden?"

„Wissen Sie schon, am Fünften?"

Einmal ist es der Kaufmann, der seiner Kundin das Flugblatt zeigt, das wer weiß wie auf seinen Ladentisch gekommen ist, dann wieder ist es die Kundin, die es zu Hause auf der Treppe gefunden hat.

So kommt der 3. Mai; der große Tag steht vor der Tür.

In Madrid rücken die Panzer an, die am 4. Mai an der großen Militärparade teilnehmen sollen. Die Raupenketten machen einen ohrenbetäubenden Lärm. Vor einer Mietskaserne steht

ein Mädchen, vielleicht 15 Jahre alt, und ruft der oben am Fenster stehenden Mutter zu:

„Mutter! Ich kann nirgends Brot finden."

„Was sagst du?"

„Es gibt kein Brot!"

„Du bist wohl dumm. Warum soll es denn kein Brot geben?"

„Sie wissen aber auch gar nichts", ruft das Mädchen nun schon wütend, „weil morgen Streik ist!"

Das Mädchen hat recht. In Madrid gibt es am Sonnabend schon seit den frühen Morgenstunden kein Brot mehr. Am Sonnabend und Sonntag sehen die Einwohner von Madrid überall lange Schlangen vor den Bäckereien, oder sie stehen selbst und warten. In den Gemüse- und Lebensmittelgeschäften drängen sich die Käufer. Das gleiche Bild in Valencia, in Murcia, in Málaga, in Sabadell, an vielen Orten Spaniens.

Die Bäcker, die genau wissen, worum es geht, arbeiten mit Hochdruck. „Aber liebe Frau", sagt einer zu seiner Kundin, „wollen Sie denn die ganze Woche altes Brot essen?" „Und wenn ich zwei Wochen lang Erbsen essen muß, am Montag kaufe ich nichts."

Einen begeisternden Anblick bietet diese Frauenmenge, die schon durch ihre Anwesenheit in den Geschäften Kampfstimmung schafft. Laut bekunden die Frauen ihre Zustimmung zum Tag der nationalen Aussöhnung und fordern die Geschäftsinhaber auf, nach bestem Vermögen ihre Opposition gegen das Regime zu zeigen.

Bis um zehn Uhr abends sind am Sonnabend die Lebensmittelgeschäfte voll. Ein Kaufmann scherzt: „Ich brauche am Montag gar nicht erst aufzumachen, die Leute haben ja heute schon alles gekauft."

In den dicht bevölkerten Arbeitervierteln sind die Märkte bis 20 Uhr 30 überfüllt. Die Frauen warten, bis die Männer mit dem Lohn nach Hause kommen und laufen dann rasch, ihre Einkäufe machen. Die Geschäftsleute erklären, noch nie hätten sie so viel verkauft wie an diesem Sonnabend.

Nicht nur in Madrid war es so. Von vielen anderen Beispielen wollen wir nur dieses aus Valencia nennen:

„Die Sache steigert sich immer mehr, man sieht den Fortschritt schon von einem Tag zum anderen. Wir sind mitten in einer Periode fieberhafter Tätigkeit. Überall herrscht Spannung und der Wunsch, etwas zu tun. Seit Montag (dem 28. April) wird auf den Märkten ganz offen vom 5. Mai gesprochen. Auf dem Markt von El Grao haben die Frauen die Geschäftsinhaber gefragt, ob sie öffnen werden. ‚Sie wissen doch, was am 5. Mai los ist.' Natürlich wissen Sie es. Durch Flugblätter, durch die Kundinnen und . . . durch die Telephonanrufe, die sie in diesen Tagen erreichten: *‚Am 5. Mai ist der Tag.'*"

Die Arbeiter verständigen sich

Mittlerweile verabreden schon die Werktätigen in den Fabriken und Werkstätten, auf den Bauplätzen und in den Büros, was zu tun ist. Schon der 1. Mai wurde gut genutzt. An den Ausflugsorten in der Umgebung von Madrid, wo zahllose Arbeiterfamilien den Tag verbrachten, gab es eine „reiche Flugblatternte".

In einigen Großbetrieben Madrids sind sogar die Ängstlichsten bereit, nicht nur langsam, sondern im Schneckentempo zu arbeiten. An vielen Orten, besonders auf den Baustellen, wird beschlossen, den ganzen Tag zu feiern. Von einem Bauplatz heißt es, der Bauleiter selbst habe dem Meister das Flugblatt gezeigt und gesagt: „Ich bin damit einverstanden. Am 5. wird nicht gearbeitet. Sagen Sie es den Leuten und geben Sie ihnen zu verstehen, daß ich einverstanden bin."

In Valencia tritt in einem Betrieb, in dem viele Frauen beschäftigt sind, ein Mädchen an einen Arbeiter heran. „Sagen Sie bitte, was muß man am Montag tun?" „Wieso denn?" „Na ja . . . die Mädels sagen . . . am Montag muß man streiken."

Auf den Feldern von Córdoba und Granada, in den Dörfern von Murcia verständigen sich die Landarbeiter: Am Montag

wird gestreikt. Und viele Bauern sagen: Am Montag wird nicht aufs Feld gegangen.

In einem Amt erfährt der Chef, daß das Personal am 5. Mai etwas unternehmen will. Am Sonnabend ruft er sie alle zusammen: „Meine Herren, es liegt kein Grund vor, am Montag nicht zur Arbeit zu kommen." Ein verdächtiges Schweigen bringt die ursprüngliche „Unbeugsamkeit" des Vorgesetzten etwas ins Wanken. Der Ton wird plötzlich verständnisvoller: „Damit wir uns recht verstehen, ich dulde keine größere Verspätung als . . . eine Dreiviertelstunde."

In Barcelona herrscht eine derartige Stimmung, und der Gouverneur kennt die Absichten selbst vieler Unternehmer so gut, daß er folgenden Befehl an die großen und kleinen Betriebe richtet:

„Don Felipe Acedo Colunga, Zivilgouverneur der Stadt und Provinz Barcelona. Es wird bekanntgegeben: Jeder Unternehmer in der Hauptstadt und Provinz ist angewiesen, auf seinem Kommandoposten zu verbleiben. Es ist ihm nicht gestattet, sich der Verantwortung für das Geschehen in seinem Betrieb zu entziehen und zu glauben, es sei allein Sache der Behörden und ihrer Mitarbeiter, auftretende Probleme zu lösen. Zur Bekräftigung dieser Warnung gebe ich bekannt, daß jede Übertretung dieser Verfügung unnachsichtig bestraft wird."

Gewehre, Verhaftungen, Drohungen

Die Regierung und die Provinzbehörden haben versucht, mit Drohungen und mehr oder weniger offenen Zwangsmaßnahmen Herr der Lage zu werden. Sie haben der Presse verboten, über das zu schreiben, was geschieht, was in Vorbereitung ist.

Aber bald müssen sie sich überzeugen, daß es damit nicht getan ist. In allen Städten wird das Polizeiaufgebot außerordentlich verstärkt. Unter den bewaffneten Polizisten selbst gibt es nicht wenige, die den endlosen Dienst, die Streifen Tag und Nacht gründlich satt haben. In Madrid, Barcelona, Bilbao,

Valencia, Oviedo, Córdoba, Granada, Sevilla und Málaga, überall in Städten und Dörfern erscheinen in Scharen wie noch nie Funkwagen und Streifen der uniformierten Polizei und der Zivilgarde. Man möchte glauben, die Regierung habe angesichts der Ankündigung einer friedlichen Demonstration der Bürger den Kriegszustand verhängt.

Ein wahrer Präventivterror hat eingesetzt. Nach den Massenverhaftungen im Zusammenhang mit den großen Streiks, nach den Maßregelungen und Absetzungen von Gewerkschaftsverbindungsleuten und anderen Arbeitern setzt jetzt eine neue Verhaftungswelle ein.

Die Sicherheitsbehörden verlangen von der obersten Gewerkschaftsführung eine genaue Aufstellung der Verbindungsleute.

Viele Arbeiter werden vor die Politische Polizei zitiert, nur weil ihre frühere Haltung bekannt ist. Es regnet Drohungen und Einschüchterungsversuche: „Paß ja auf! Für alles, was in deinem Betrieb geschieht, machen wir dich verantwortlich." Viele Verbindungsleute werden abgesetzt.

In einem großen Werk in Guipúzcoa sagt ein Arbeiter: „Erst heißt es, wir sollen die Besten wählen, und wenn wir sie gegen den Widerstand der hohen Gewerkschaftshierarchie gewählt haben, werden sie verhaftet oder abgesetzt."

In Madrid, Barcelona und Valencia, im Baskenland und in Andalusien werden in den Betrieben Bekanntmachungen des Zivilgouverneurs angeschlagen: „Wer am Montag nicht zur Arbeit erscheint, wird entlassen und bestraft."

Die Polizei überwacht die Umgebung jeder Fabrik, jeder Werkstatt. Immer häufiger werden Arbeiter von der Nachtschicht durchsucht. Was sucht die Polizei? Flugblätter! Die Flugblätter bringen Innenminister Alonso Vega und seine Leute fast um den Verstand. Selbst die Leute von der Politischen Polizei wissen nicht mehr ein noch aus. Wer sie in diesen Tagen gesehen hat, weiß zu berichten, daß sie schließlich völlig den Mut verloren hatten.

Wer ist wohl auf die geniale Idee gekommen, die Falange

„mobilisieren" zu wollen? Mit Mühe und Not haben sie ein halbes Bäckerdutzend auf die Beine gebracht. Die Leute werden mit Pistolen ausgerüstet, um eingreifen zu können, wenn Not am Mann ist. Eingreifen? Nicht wenige der Aufgebotenen erklären, daß sie nicht daran denken, für die Falange und das Regime ihre Haut zu Markte zu tragen.

Oberst Eymar organisiert eine Sonderbrigade. Sie soll gegen alle einschreiten, die auf der Straße das Regime kritisieren und „wilde Gerüchte" in die Welt setzen. In Zivilkleidung sollen sich diese Beamten unter die Leute mischen, ihren Gesprächen zuhören und die Unzufriedenen an Ort und Stelle verhaften. Die „Geheimen" machen sich auf den Weg, aber sie bekommen so viel zu hören, daß sie nicht wissen, wie sie die Gefährlichsten „heraussuchen" sollen. Ihre Berichte sind niederschmetternd: „Überall wird vom ‚Tag', von der ‚nationalen Aussöhnung', von der Notwendigkeit, ‚mit der ganzen Geschichte Schluß zu machen', gesprochen."

Überall, wo in Städten und Dörfern die Flugblätter zum Tag der nationalen Aussöhnung von Hand zu Hand gehen, erhalten zahlreiche Kaufleute am Sonnabend den Besuch von Inspektoren der „Geheimen". Ihre Befehle sind kategorisch: „Wer am Montag sein Geschäft geschlossen hält, hat schwere Strafen zu gewärtigen." Selbst den Straßenverkäufern und den Inhabern von Marktständen wird mit dem Entzug der Gewerbeerlaubnis gedroht, falls sie sich an der Protestaktion beteiligen sollten.

Durch den Besuch der Sportveranstaltungen, die am 1. Mai in Madrid „von den Gewerkschaften" organisiert werden, glaubt der Diktator wohl, einen Erfolg für sich verbuchen und so etwas wie eine vorbeugende Gegendemonstration halten zu können. Aber der Empfang im Stadion ist eisig.

Am 4. Mai finden in Madrid und in den größten Städten Militärparaden statt, auf denen das Volk durch Abwesenheit glänzt. Mit dieser Kraftdemonstration will man die Spanier einschüchtern und verhindern, daß sie am 5. Mai ihren Willen bekunden.

In den Gewässern vor Barcelona und Valencia kreuzt die 6. Amerikanische Flotte. Ausländischer Druck gegen das spanische Volk, das ist eine unerträgliche Einmischung der Schutzherren des Tyrannen, die ihrem gehorsamen Diener den Rücken steifen wollen.

Bürgerkriegspropaganda gegen nationale Aussöhnung

In den letzten Tagen vor dem 5. Mai erhält die Generaldirektion für Pressewesen den Befehl, sämtliche Geschütze aufzufahren. Der Propaganda für den 5. Mai, den Stimmen für die nationale Aussöhnung muß entgegengewirkt werden. Rundfunk und Zeitungen, der ganze Propagandaapparat wird aufgeboten, ohne sich lange dabei aufzuhalten, ob die Mittel sauber sind oder nicht.

Der Gouverneur von Barcelona, dieses Muster an politischem Fingerspitzengefühl, mußte schon während der letzten Streiks vom Tag der nationalen Aussöhnung sprechen. Nun geht er, so gut er eben kann, vor den Bürgermeistern der Provinz erneut zum Angriff über:

„Da gibt es nicht viel zu reden. Wir brauchen keinen Tag der nationalen Aussöhnung . . . hier sind wir alle ausgesöhnt." (Ein Blick auf seine Bürgermeister, der einem wiedererstandenen Großinquisitor Torquemada Ehre gemacht hätte, begleitet diese Worte.)

Den Gouverneur bringt es aus der Fassung, daß überall in Barcelona und in der ganzen Provinz von der Aussöhnung der Spanier gegen die Diktatur die Rede ist, daß der Pyrenäensender „Unabhängiges Spanien" gehört wird, sogar von den Reichen. Und er trifft seine Maßnahmen. Daß kein Mensch die endlos langen Riemen von Galinsoga in der Zeitung „La Vanguardia" liest, ist stadtbekannt. Und da schon das Sprichwort sagt, man müsse von seinen Feinden lernen, befiehlt der Gouverneur seinen Schreiberlingen, Flugblätter zu verfassen. Es sind ganz besondere Flugblätter, Gegenflugblätter sozusagen.

„Mit einer weitreichenden und großzügigen Amnestie haben wir schon seit langem jenen, die sich aussöhnen wollten, die Arme geöffnet", heißt es in einem dieser Flugblätter. Merkwürdig, wir Spanier, auch die vielen Verhafteten, haben noch nie etwas davon gehört!

Innenminister Alonso Vega und verschiedene Gouverneure verfassen ebenfalls „Flugblätter". Ihr Inhalt ist eindeutig defensiv. Lügen und Verzerrungen der offenkundigsten Wahrheiten vereinen sich in ihnen mit bodenloser Dummheit. Sogar aus Flugzeugen werden solche Regierungsflugblätter über den Köpfen der Spanier abgeworfen.

Die Presse erhält genaue Richtlinien. Die Themen lauten: „Der kommunistische Aufstand", „Die Wölfe im Schafspelz" usw. Die Generaldirektion für Pressewesen gibt Fotografien mit vorbereiteten Bildunterschriften an die Zeitungen. Ein Bild, das schon 1956 in der Zeitung „Pueblo" erschien und von faschistischen Banden ermordete ungarische Kommunisten in Budapest zeigt, wird nun ein „Beweisstück" für den roten Terror.

Andere vorgeschriebene Artikel zerren gewaltsame Zusammenstöße und Straßenkämpfe aus der Zeit vor 25 Jahren aus der Vergessenheit hervor, wobei es die Schreiberlinge mit der geschichtlichen Wahrheit und der Verantwortlichkeit nicht gerade sehr genau nehmen. „Diesmal wird es nicht anders sein", lautet die von höchster Stelle vorgeschriebene Schlußfolgerung. So sollen die Menschen beeinflußt werden, so reißt man die alten Wunden des Krieges wieder auf, die endlich vernarben müssen.

In den Provinzen bemühen sich die Gouverneure, durch ihre Agenten eine Panikstimmung zu entfachen. „Was steht uns am Fünften bevor?"

Auf der Plaza de Cataluña wird eine Rundfunkanlage eingerichtet, die „im Namen des Senders ‚Unabhängiges Spanien'" falsche Informationen verbreitet und „bekanntgibt", der Tag der nationalen Aussöhnung sei – bis zum August verschoben.

Um den friedlichen Charakter des Tages zu verfälschen, greift die Diktatur zu Methoden, die allein schon genügen dürften, um

ein Regime zu charakterisieren. Die Zeitungen „Arriba", „Levante" und andere Organe der dahingeschiedenen „Bewegung" veröffentlichen ein angebliches Faksimile der Titelseite von „Mundo Obrero", dem Organ der Kommunistischen Partei (Sondernummer vom September 1957). Es ist eine grobe Fälschung! Jeder kann sie mit eigenen Augen begutachten, wenn er ein Exemplar der echten Zeitung mit der in den Laboratorien des Regimes hergestellten Fälschung vergleicht. Die erste Spalte der wahren Titelseite wurde ausgewechselt. Die falsche Spalte beginnt mit einem Satz aus der Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens über den Tag der nationalen Aussöhnung und schließt mit einer Aufforderung an die Kommunisten, gegen all jene, die nicht an der Aktion teilnehmen wollen, „bewaffnete Gewalt" anzuwenden. Einen solchen Gedanken hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei niemals geäußert oder in den Spalten der Zeitung „Mundo Obrero" niedergeschrieben.

Einen Tag später bringt die Zeitung „Arriba" auf der Titelseite die Fotografie einer Plastik, die für das Denkmal im Tal der Gefallenen bestimmt ist. *„Das höchste Symbol der nationalen Aussöhnung"*, lautet die Bildunterschrift. „Die Aussöhnung der Toten", denkt unwillkürlich jeder, der dieses Bild mit der Unterschrift sieht.

Bürgerkriegspropaganda — das ist also alles, was der Diktator der von den Kommunisten und zahllosen Spaniern aller politischen Richtungen vertretenen nationalen Aussöhnung entgegenhalten kann.

Aber der Tag der nationalen Aussöhnung läßt sich nicht aufhalten. „Die Diktatur Francos ist wie ein altes Schiff, das an allen Ecken und Enden leck ist", heißt es in einem der vielen Flugblätter, die am Vorabend des 5. Mai in den Straßen liegen.

Am Abend des 4., am Ende dieses spannungsgeladenen Sonntags, sagt ein Kommunist: „Wenn ich noch vor ein paar Tagen an den Menschen auf der Straße vorüberging, fragte ich mich:

Wissen sie vom Fünften? Heute braucht man sich das nicht mehr zu fragen, denn überall auf der Straße und an allen Ecken und Enden gibt es kein anderes Gesprächsthema mehr."

Ja, so war es, weil die Massen die Vorbereitung des Tages in die Hände genommen hatten.

Der 5. Mai

In Madrid

Es ist schwer, auch nur ein annäherndes Bild von der eindrucksvollen Demonstration der Bevölkerung am 5. Mai in Madrid zu geben, so erfindungsreich waren die Madrider in ihrer Opposition gegen die Diktatur, so groß waren die Massen, die an dieser Willenskundgebung teilnahmen, so zahlreich waren die Protestaktionen.

Beschränken wir uns also auf den Versuch, durch einige Beispiele einen Gesamteindruck zu vermitteln.

Schon die frühen Morgenstunden zeigen, daß es kein gewöhnlicher Tag ist.

Der 5. Mai ist angebrochen, das sieht man an den Straßen, durch die sich wahre Ströme von Fußgängern ergießen. In allen Vororten, in allen Arbeitervierteln, auf allen Zufahrtsstraßen zum Zentrum von Madrid können die Bürgersteige die Menschenströme nicht mehr fassen. Es sind Arbeiter und Angestellte, Handlungsgehilfen und Näherinnen. Sie marschieren in geschlossenen Gruppen, gemeinsam, in der Hand die Büchse oder das Paket mit den Frühstücksbroten. Viele junge Menschen, viel Fröhlichkeit. Hier und da ziehen lange Reihen junger Mädchen Arm in Arm durch die Straße. Einige Jungen singen. Straßenbahnen und Autobusse fahren leer vorüber. Es sind heute weniger eingesetzt worden, „damit man es nicht so merkt". Kaum ein Dutzend Menschen sitzen in den stadtwärts fahrenden Wagen. Die Treppen zur U-Bahn sind leer.

Alles geht zu Fuß, Kinder und Alte, rüstig ausschreitende

Jungen und Mädchen neben Männern und Frauen, denen das Gehen schon schwerfällt.

Die Straßenbahnen und Autobusse in Richtung Universitätsstadt zeigen deutlich, wie stark sich die Studenten am Boykott beteiligen. Unter den Fußgängern sind Kaufleute und Beamte, viele uniformierte Offiziere und Unteroffiziere, Intellektuelle und einige Geistliche.

Bemerkenswert sind die gewaltigen Anstrengungen der Behörden, den Boykott der Verkehrsmittel zu bekämpfen. Sie haben Scharen von Menschen mobilisiert, die in den Straßenbahnen und Autobussen spazierenfahren. Dazu nur ein Beispiel: Für gewöhnlich fahren mit der 17 zwischen Vallecas und Cuatro Caminos in den frühen Morgenstunden fast nur Arbeiter und Angestellte. Am 5. Mai saßen in den Bahnen Militärs und andere Leute, die offensichtlich nicht zu den normalen Fahrgästen gehörten.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der Boykott in den frühen Morgenstunden eine eindrucksvolle Massenaktion war. Am späteren Vormittag wurde der Verkehr etwas lebhafter, obwohl der Boykott, besonders bei den Autobussen, immer noch wirksam war.

Am Nachmittag füllten sich die Straßen wieder mit den Arbeitern und Angestellten, die zu Fuß den Heimweg antraten, ebenso friedlich, wie sie morgens zur Arbeit marschiert waren. In vielen Straßen bildeten sich Gruppen von Madridern, die ihre ersten Eindrücke vom Tag der nationalen Aussöhnung austauschten.

Bei der U-Bahn betrugen die Einnahmen an diesem Tag nicht einmal 400 000 Pesetas, während sie sonst über 800 000 liegen.

Im vorigen Kapitel wurde bereits berichtet, daß die Frauen von Madrid fast alle ihre Einkäufe am Sonnabend und Sonntag besorgten. Am Vormittag des 5. Mai lagen die Märkte der Arbeiterviertel verödet da. Nur hier und da zeigte sich ein Käufer. Auf den großen und belebten Märkten, wo man sonst am Vormittag kaum treten kann, war höchstens ein Dutzend Käufe-

rinnen zu sehen. In die Lebensmittelgeschäfte der Arbeiterviertel verlief sich selten ein Kunde, selbst die Milchgeschäfte waren leer. Und trotz der Drohungen der Behörden hielten viele Kaufleute ihre Läden geschlossen. Einige Kaufleute erklärten, als sie danach gefragt wurden, daß sie kaum fünf oder sechs Prozent ihres normalen Umsatzes erzielt hätten.

Nicht weniger erfolgreich war der Zeitungsboykott. An allen Zeitungsständen der Arbeiterviertel, aber auch an vielen Zeitungsständen im Zentrum der Stadt häuften sich die Bündel der Montagsausgabe zu Bergen. Auch am Nachmittag war der Presseboykott sehr stark. Die Zeitungen blieben stoßweise unverkauft liegen, obwohl sie die üblichen, sonst so beliebten Sportberichte vom Sonntag brachten. In den Straßen sah man kaum einen Menschen, der eine Zeitung in der Hand hielt. Selbst diejenigen, die sich die Zeitung ins Haus bringen lassen, bestellten sie in vielen Fällen für diesen Montag ab.

Der Boykott der Kinos und Theater, ja sogar der Gastwirtschaften, war ganz offensichtlich.

Die Arbeiterklasse von Madrid begnügte sich nicht damit, Mittelpunkt und treibende Kraft der Boykotts zu sein. Streiks, Kurzstreiks, langsame Arbeit und die Verweigerung von Überstunden waren Aktionsformen, die an diesem Tag in der spanischen Hauptstadt überall zu beobachten waren. Zweifellos sind nur verschwindend wenige Betriebe von einer oder der anderen dieser Aktionen verschont geblieben.

Im Baugewerbe kann man sagen, daß der Streik in der einen oder der anderen Form, stundenweise oder den ganzen Tag über, fast hundertprozentig war. In den Arbeitervierteln sah man Gruppen von Menschen, viele davon Bauarbeiter, die nicht zur Arbeit gegangen waren. In vielen Maurerkolonnen fehlten bis zu 60 und 70 Prozent der Arbeiter. In Stadtvierteln mit einer so regen Bautätigkeit wie in San Blas konnte man erleben, daß sämtliche Baustellen stillagen, während die wenigen Arbeiter, die überhaupt gekommen waren, behaglich in der Sonne saßen. An vielen Baustellen ertönte erst um 9 Uhr 30 oder 10 Uhr die

Glocke zum Arbeitsbeginn. Von 8 Uhr an war gestreikt worden, und nun wurde zwar gearbeitet, aber langsam. An einem militärischen Bauobjekt, das unter der direkten Leitung von Militärpersonal steht, kamen die Arbeiter zwar zur Schicht, rührten aber keinen Finger.

Am Nachmittag besuchte die Polizei viele Baustellen, um nachzufragen, ob „etwas passiert" sei. Fast immer wurde diese Frage verneint, denn die meisten Bauleiter solidarisierten sich mit den Arbeitern, um ihnen mögliche Repressalien zu ersparen.

Die Straßenarbeiter vor der Stadt blieben entweder in ihren Wohnbaracken oder taten den ganzen Tag über keinen Handschlag.

Auch in den Druckereien waren die Arbeitseinstellungen sehr zahlreich. In den vielen Druckereien von Cuatro Caminos und in der Straße López de Hoyos arbeitete kein Mensch. „Die vom graphischen Gewerbe", von denen in der Geschichte der Arbeiterbewegung schon so oft die Rede war, sagen auch heute wieder: „Wir sind dabei!"

Auch im Maschinenbau gab es zahlreiche Streiks, Kurzstreiks und langsame Arbeit.

In vielen kleinen und mittleren Betrieben der verschiedensten Industriezweige blieben die Beschäftigten der Arbeit fern, zuweilen sogar im Einverständnis mit dem Besitzer. Nicht wenige kleine Betriebe blieben überhaupt geschlossen.

In einer Matratzenfabrik waren die 500 Arbeiter zwar im Betrieb, arbeiteten aber nicht. Der kleine Sohn des Besitzers rief die Polizei. Diese erging sich in wüsten Beschimpfungen gegen die Arbeiter und machte auch vor den Frauen nicht halt, aber niemand reagierte auf ihre Provokationen. Erst als die Polizisten fragten, warum sie nicht arbeiteten, erhielten sie die Antwort: „Weil wir zu wenig verdienen und nicht mehr so leben können." Da ihnen die Arbeiter so einmütig entgegentraten, mußten die Polizisten wieder abziehen.

Dort, wo es nicht zum Streik kam, wurde meist nur langsam gearbeitet. Das gilt auch für viele Büros. Sehr oft begann diese

Aktion mit einer verspäteten Arbeitsaufnahme am Morgen. Es gab genug Betriebe, in denen um zehn Uhr vormittags die Arbeit noch nicht begonnen hatte. In einer Abteilung der „Marconi" zum Beispiel betraten die Arbeiter erst 1½ Stunden nach dem üblichen Arbeitsbeginn den Betrieb und arbeiteten auch den Rest des Tages nur langsam.

Am 5. Mai hat es kaum Überstunden gegeben. In Betrieben, in denen sonst alle oder fast alle Arbeiter Überstunden machen, ist an diesem Tag kaum einer nach Feierabend geblieben. Sogar in einigen großen Betrieben wie Telefunken (wo außerdem in einer Abteilung eine Stunde gestreikt wurde) weigerten sich die Arbeiter, Überstunden zu leisten.

Man kann also sagen, daß es kaum einen Madrider Arbeiter gibt, der nicht in einer oder der anderen Form an den Aktionen zum Tag der nationalen Aussöhnung teilgenommen hätte. Die einen gingen zu Fuß zur Arbeit, die anderen beteiligten sich an Streiks und Kurzstreiks oder arbeiteten langsam. Im großen und ganzen war überall, auf den Baustellen, in den großen und kleinen Betrieben, die Einheit der Arbeiter der verschiedensten Auffassungen vorbildlich, eine Tatsache, die auch für die Zukunft wichtig sein wird.

Angesichts des Tages der nationalen Aussöhnung hatte die Diktatur in Madrid und in ganz Spanien eine wahre Kriegsmacht auf die Beine gestellt. Ein großer Teil der Zivilgarde wurde in Alarmbereitschaft gehalten, die Armee desgleichen. Die Bahnhöfe in der Hauptstadt standen unter strenger militärischer Bewachung. Ab fünf Uhr morgens begann das militärische Oberkommando über sein internes Telefonnetz Berichte von allen Bahnhöfen einzuholen.

Überall auf den Straßen ein gewaltiges Militäraufgebot, weit größer als während des Boykotts im Februar 1957. Streifen der bewaffneten Polizei, zu Fuß und auf Jeeps, Polizei in Zivil, die Zivilgarde und Soldaten waren aufgeboten.

Die Regierung wollte das Volk einschüchtern, wollte ihm Angst einflößen und so die Demonstrationen der Fußgänger, die

Streiks und anderen Protestaktionen verhindern oder doch eindämmen. Mit diesem Massenaufgebot wollte die Diktatur außerdem eine Gefahr vortäuschen und bei schwankenden Elementen, die sich noch zu keiner klaren Opposition gegen das Regime durchgerungen hatten, den Eindruck erwecken, der Tag der nationalen Aussöhnung sei als gewaltsame, blutige Aktion geplant.

Aber Madrid – und das gleiche läßt sich für ganz Spanien sagen – hat mit dem 5. Mai der verleumderischen offiziellen Propaganda, die dem Volk Gewalttätigkeit und Rachedurst zuschreibt, eine erneute Abfuhr erteilt. Die große Mehrheit der Madrider Einwohner hat sich in einer oder der anderen Form am Tag der nationalen Aussöhnung beteiligt. Und diese unübersehbare Masse hat die verschiedenartigen Protestaktionen in völliger Ruhe und Ordnung durchgeführt. In der ganzen Stadt ist es zu keinem einzigen Zwischenfall gekommen.

Es muß aber auch gesagt werden, daß die Haltung der einzelnen Polizei- und Armeeangehörigen den „Fußgängern" und Streikenden gegenüber meist korrekt und in nicht wenigen Fällen sogar verständnisvoll war. Das hatte sich hin und wieder schon in den Vortagen beim Verteilen der Flugblätter gezeigt. So war eines Nachmittags ein ganzes Stück der Dr.-Ezquerdo-Straße mit Flugblättern übersät. Jeder Straßenpassant hob im Vorübergehen einige Blätter auf. Auf der Straße standen zwei Angehörige der Zivilgarde. Sie sahen nichts. Sie blickten höchst interessiert auf das Dach eines gegenüberliegenden Hauses. Ein paar uniformierte Polizisten kamen dazu – und verteilten Flugblätter zum Tag der nationalen Aussöhnung.

Am 5. Mai selbst nahmen Polizei und Zivilgarde den Fußgängerdemonstrationen gegenüber eine völlig gleichgültige Haltung ein, als sei es ein Tag wie jeder andere. Wenn sich Gruppen bildeten, wurden die Menschen in den seltensten Fällen aufgefordert, weiterzugehen.

Nicht anders war die Haltung den Streikenden gegenüber. In der Bravo-Murillo-Straße bildete sich gegen acht Uhr am Aus-

gang der U-Bahn eine Gruppe von mehr als hundert Maurern von den umliegenden Baustellen. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite zog ein Polizeitrupp vorbei. Die Polizisten taten, als sähen sie die Streikenden nicht.

Am Vormittag des 5. Mai sagte ein Polizist in Madrid: „Der Tag der nationalen Aussöhnung ist eine große Kraft und entspricht der Realität unseres Landes. Ich bin mit einer solchen Protestaktion einverstanden. So etwas muß wiederholt werden. Wenn wir nicht protestieren, wird man uns allen das Leben unmöglich machen."

Ein anderer sagte: „Das ist eine großartige Sache. Und an solchen Dingen müssen wir alle teilnehmen, Zivilisten und Bewaffnete, damit endlich mit dieser ganzen Geschichte Schluß ist."

Und noch ein ähnliches Erlebnis: Fünf Söhne eines Polizisten streikten, jeder in seinem Betrieb. Der Vater erzählte jedem, der es hören wollte, daß seine Söhne recht daran getan hätten.

Alles in allem: ein glänzender Tag der nationalen Aussöhnung in Madrid.

In Valencia

Wie ein hoffnungsfroher Strom der Einheit erfüllte der Aufruf die Stadt: „Am Fünften"... „Der Fünfte". Überall war dieses Wort zu lesen, an den Häuserwänden und Fabrikmauern, auf den Gängen der Universität und auf gedruckten Flugzetteln.

Die Streifen der uniformierten Polizei und der „Geheimen", die schon seit Tagen von früh bis spät durch die Straßen zogen, wurden am Sonnabend verstärkt und am 5. Mai noch einmal verstärkt. Am Sonntag fand die Militärparade statt, auf die das Volk äußerst kalt reagierte und zu der es sich nicht sehen ließ.

Ganz anders die Parade, die in den frühen Morgenstunden des 5. Mai begann. Hier herrschte Wärme und Fröhlichkeit. Die Arbeiter, die sich an normalen Tagen in die Straßenbahnen

drängen, gingen zu Fuß zur Arbeit. Das war ihre erste Aktion an diesem Tag der nationalen Aussöhnung.

Der Boykott der Märkte durch die Käuferinnen kann als nahezu hundertprozentig bezeichnet werden. So kauften zum Beispiel um 11 Uhr vormittags auf dem Zentralmarkt ganze 20 Personen. In El Grao wollten die Gemüsehändlerinnen ihre Stände schließen, weil sich keine Käuferin zeigte. Er kam zu Reibereien mit der Polizei. An anderen Ständen hatten die Verkäuferinnen demonstrativ zwei oder drei Fische oder ein halbes Dutzend Äpfel ausgestellt. „Heute werden wir ja doch nicht mehr los!" Andere spielten Karten, um noch deutlicher zu machen, daß sie nichts zu tun hatten. Die Geschäfte, besonders die Lebensmittelläden und Bäckereien, waren fast leer. Die Inhaber lächelten. Sie wußten Bescheid! Die meisten Frauen hatten schon am Sonnabend eingekauft. Zuweilen waren ganze Gruppen von Nachbarinnen zusammen erschienen und hatten sich für drei Tage eingedeckt. In vielen Lebensmittelgeschäften hatten die Besitzer den Frauen selbst geraten: „Kaufen sie gleich für Montag ein, wir schließen." Und wenn sie ihre Geschäfte doch öffneten, dann nur, weil man sie gezwungen hatte.

Die Arbeiter beschränkten sich nicht darauf, die Verkehrsmittel zu boykottieren. Die Bauarbeiter erschienen zum größten Teil nicht einmal am Arbeitsplatz. Wo sie sich doch einstellten, wurde trotzdem den ganzen Tag kaum gearbeitet.

Ein bezeichnender Zwischenfall: Die Polizei erscheint auf einer Baustelle. Es sind nur drei Maurer da, die so tun, als ob sie arbeiten. „Wo sind die anderen?" fragen die Beamten. Der Meister antwortet: „Ich habe sie auf eine andere Baustelle geschickt." „Ach so, na schön!" Das Schöne war aber, daß es überhaupt keine andere Baustelle gab.

Der Gütertransport auf Lastwagen, der in Valencia eine große Bedeutung hat, lag zum großen Teil still.

Hunderte von kleinen und mittleren Betrieben blieben den ganzen Tag geschlossen. Die Polizei ging von Betrieb zu Betrieb. Einen der ersten suchte sie schon um 8 Uhr auf. Die Ar-

beiter taten, als fingen sie mit der Arbeit an. Die Polizisten gingen. Schon zehn Minuten später feierten die Arbeiter wieder, blieben aber im Betrieb. Um 12 Uhr kamen dieselben Polizeibeamten zurück.

„Warum wird hier nicht gearbeitet?" will der Verantwortliche wissen.

„Weil wir Forderungen haben", antwortet ein Arbeiter in aller Seelenruhe.

„Warum gerade heute am Fünften?"

„Mann, wir hatten es eben eilig."

Zehntausende von Arbeitern nahmen an Streikaktionen teil. Die Stimmung für den Tag der nationalen Aussöhnung und seine Bedeutung war hervorragend. In ganz Valencia wurde von nichts anderem gesprochen.

An der Universität blieben viele Studenten den Vorlesungen fern. In ihren Gesprächen gab es kein anderes Thema als die große Demonstration des Volkes.

Der Tag der nationalen Aussöhnung war eine große Kundgebung der Bevölkerung von Valencia gegen die Diktatur.

Auf den Kanarischen Inseln

Ein kanarischer Pfarrer richtete am 5. Mai ein Schreiben an seine Amtsbrüder und an alle Katholiken. Es heißt darin: „Ich möchte nicht, daß man uns morgen beschuldigen kann, mit einem Regime der Unterdrückung und der Schlechtigkeit im Bunde gewesen zu sein ... Die feigen Racheakte dieses Regimes müssen von jedem Christen verurteilt werden. Die heutige Stunde verlangt nicht Repressalien, Rache und Haß, die nur unser Glück und unsere Nächstenliebe zerstören, sondern schaffende Einheit und Gerechtigkeit für alle Spanier ... So sprechen auch unsere Brüder in Venezuela, Argentinien, Kolumbien, Kuba usw. Wir wären keine Schüler Christi, der auch für seine gesunden Ideale und das Wohl der Menschheit litt und starb, wenn wir nicht ebenso handeln."

In Badajoz

Im Morgengrauen des 2. Mai wimmelte es in den Dörfern und auf den Baustellen und Wegen dieses Gebietes von Flugblättern. Die dortigen großen Bauten, an denen Arbeiter aus der ganzen Umgebung zusammenströmen, erleichterten die Verteilung, denn jeder, der ein Flugblatt fand, nahm es mit in sein Dorf. Hier hatten die Programme des Senders „Unabhängiges Spanien" schon vorher eine erwartungsvolle Stimmung geschaffen, so daß die Flugblätter mit außerordentlicher Begeisterung aufgenommen wurden. Die Bauern sahen, daß sie auf ihre Probleme und Hoffnungen eingingen. Wie lange schon hatten sie kein Flugblatt für das Volk, kein eigenes Flugblatt in der Hand gehalten!

Am 5. Mai gingen die Landarbeiter und Bauern später als sonst zur Arbeit. Unaufhörlich sprachen sie vom Tag der nationalen Aussöhnung und erzählten sich gegenseitig, welche Hoffnung sie auf die Aktionen der Arbeiter in den Großstädten setzten.

Einige Großbauern ermunterten die Landarbeiter, an diesem Tag zu feiern. Ein Großgrundbesitzer aus Puebla de la Calzada ließ sich zur Zeit ein Haus bauen, an dem 15 oder 20 Arbeiter beschäftigt waren. Am Morgen des 5. Mai sagte er zu ihnen: „Heute wird nicht gearbeitet, weil Feiertag ist. Aber euren Lohn bekommt ihr bezahlt."

In Llera ist der Tag der Auswahl von Tieren für den Stierkampf alljährlich ein Festtag. Die Bauern beschlossen, ihn diesmal auf den 5. Mai zu legen.

Das Franco-Regime trompetet immer in alle vier Winde, in den Neusiedlerdörfern, die nach dem sogenannten Badajoz-Plan geschaffen wurden, lebten die Bauern satt und glücklich. In Wirklichkeit werden sie aber vom Nationalen Besiedlungsinstitut schwer ausgebeutet. Die Flugblätter gingen auf ihre Unzufriedenheit und ihre Forderungen ein. Kein Wunder also, daß sie von den Neusiedlern und Arbeitern vom Kanalbau so begeistert aufgenommen wurden.

Eine der Fragen, auf die das Flugblatt einging, war die Kündigung von Neusiedlerstellen, die das Institut so häufig vornimmt. Vor noch nicht langer Zeit waren allein in einem Dorf dreißig Bauern die Stellen gekündigt worden, wenn man sie auch noch nicht aus den Häusern gewiesen hatte. Die Flugblätter riefen eine so große Erregung hervor, daß der Chefagronom des Institutes wenige Tage später den Siedlern mitteilte, sie dürften weiter auf ihren Parzellen arbeiten, aus Madrid sei eine entsprechende Anweisung gekommen.

Ein weiteres Problem: Im Gebiet von Guadiana wurde noch keinem der Siedler der Boden übereignet, obwohl einige ihn schon vier oder fünf Jahre bearbeiten. Nach dem Tag der nationalen Aussöhnung haben einige örtliche Beamte Gerüchte laut werden lassen, den ältesten Siedlern werde demnächst der Boden übereignet. Die Siedler glauben, daß sie dieses Zugeständnis dem Tag der nationalen Aussöhnung zu verdanken haben.

Angesichts des unerwarteten Flugblattregens verbargen die Behörden ihre Verwunderung nicht. „Wir haben uns überrumpeln lassen", hörte man sie sagen. In ihrem Schrecken begannen sie, einige Leute, die ihnen verdächtig schienen, zu belästigen.

In der ganzen Zone verlief der 5. Mai in großer Spannung. Die Neusiedler kümmerten sich kaum um ihre Arbeit. Sie warteten gespannt auf Nachrichten aus den übrigen Teilen Spaniens. In ihrem sehnlichen Wunsch, es möge „endlich anders kommen", hofften viele, der Tag der nationalen Aussöhnung werde das Ende der Diktatur bringen.

Am Kanalbau wurde den ganzen Tag langsam gearbeitet. Berechnungen zufolge wurde nur etwa die Hälfte der normalen Arbeit geleistet, und das, obwohl die Zivilgarde von Baustelle zu Baustelle lief und die Namen aller abwesenden Arbeiter verlangte. Allerdings haben sich die Leute von der Zivilgarde bei ihrer Arbeit auch nicht sehr viel Mühe gegeben. Was die Haltung der Kanalarbeiter noch bewunderungswürdiger macht, ist

die Tatsache, daß die meisten aus Elendsdörfern stammen, in denen es keine Arbeit für sie gibt. Sie alle wußten, welches Elend ihnen bevorstand, wenn sie entlassen wurden.

Im Gebiet von Pedroches

Die Flugblätter vom 5. Mai gelangten bis zu den abgelegensten Weilern und Weideplätzen. Da schrieb zum Beispiel ein Hörer mit, wenn über den Pyrenäensender „Unabhängiges Spanien" Flugblätter verlesen wurden. Am nächsten Morgen klebten Abschriften an den Häuserwänden, von Lesern dicht umlagert.

Die meisten Landarbeiter gingen am 5. Mai nicht auf die Felder. Nur unaufschiebbare Arbeiten wurden erledigt, aber auch das erst, nachdem sich der Betreffende mit seinen Kameraden beraten und eindeutig erklärt hatte, er stehe in jeder Beziehung zum Tag der nationalen Aussöhnung. In einem der Dörfer dieses Gebietes machten die wenigen dort ansässigen Handwerker mehrere Stunden früher als sonst Feierabend. Sogar viele Hirten streikten.

Die Landarbeiter verständigten sich, nicht nur am 5. Mai nicht zu mähen, sondern es auch vor und nach diesem Tag nicht zu tun, wenn sie nicht für jede Fanega[1] gemähter Gerste 400 Pesetas und außerdem eine bessere Verpflegung erhielten. Die Einheit der Landarbeiter war so fest, daß die Grundbesitzer nichts ausrichten konnten. Die erste Mäherkolonne weigerte sich, anders als zu den gestellten Bedingungen zu arbeiten, und jede neue Kolonne, an die sich die Gutsbesitzer wandten, forderte 50 Pesetas mehr als die vorangegangene.

Einige Großbauern und Grundbesitzer riefen die Zivilgarde zu Hilfe. Diese erklärte zunächst, sie könne nicht eingreifen, solange es nicht zu Gewaltakten komme. Es sei das gute Recht der Arbeiter, so viel Lohn zu fordern, wie sie für richtig hielten. Später wurden dann unter dem Druck der Grundbesitzer einige

[1] 1 Fanega entspricht etwa 65 Ar. *Die Red.*

Landarbeiter verhaftet und ein paar Stunden festgehalten. Ihre Kollegen wichen nicht von der Stelle und waren entschlossen, nicht den Mund zu halten, wenn den Verhafteten etwas geschähe.

Nach mehreren Tagen hartnäckigen Widerstandes endete die Auseinandersetzung mit einem vollen Sieg der Landarbeiter, die tatkräftig von ihren Frauen unterstützt worden waren. „Gebt nicht nach", sagten sie, „wenn wir kein Brot haben, werden wir schon sehen, wo wir es hernehmen." Die siegreichen Landarbeiter erhielten 400 bis 450 Pesetas und eine erhöhte Lebensmittelzuteilung je Fanega oder, wenn sie im Tagelohn arbeiteten, 100 bis 125 Pesetas und Verpflegung am Tag. In einem anderen Dorf einigte man sich auf einen Stundenlohn von 18 Pesetas.

Es ist bekannt geworden, daß ein Angehöriger der Zivilgarde mehreren Landarbeitern sagte: „Ihr habt ganz recht, wenn ihr höheren Lohn verlangt. Wir kommen mit unserem Geld auch nicht mehr aus."

Einige Landarbeiter rieten den Pächtern, die über ihre schwierige Lage klagten: „Ihr müßt es so machen wie wir. Fordert günstigere Pachtbedingungen."

In Sevilla

5. Mai! Schon eine Woche vorher war er das einzige Gesprächsthema in Sevilla. Neben illegalen Flugblättern, die überall von Hand zu Hand gingen, tauchten an den Häuserwänden Inschriften auf, die sich auf den „Fünften" bezogen. Die Behörden wußten nicht mehr, wo ihnen der Kopf stand.

Der Gouverneur ließ es sich nicht nehmen, eine Rundfunkrede zu halten und jeden zu bedrohen, der die Absicht haben sollte, an der Volksaktion teilzunehmen.

In der andalusischen Hauptstadt hatte der 5. Mai schon am Sonntag ein Vorspiel. Am Sonnabend ging von Mund zu Mund die Losung, am Sonntagnachmittag nicht den angekündigten

Stierkampf zu besuchen. Die Initiative zündete; die Stierkampfarena war am Sonntag fast leer.

Am Vormittag des 5. Mai nahmen etwa 90 Prozent der normalen Fahrgäste am Boykott der Verkehrsmittel teil. In den Stadtvierteln Macarena, Osario, Encarnación und Triana strömten die Arbeiter dichtgedrängt durch die Straßen.

Viele Arbeiter verließen ihre Wohnungen in Sonntagskleidung, in der Hand nur ein kleines Frühstückspaket. Niemand trug Taschen oder Körbe. Wenn Polizisten fragten, was denn diese Neuerungen sollten, antworteten die Arbeiter, andere Kleidung hätten sie nicht. Einer oder der andere fügte noch hinzu: „Was brauchen wir einen Korb für unser Frühstück; heutzutage reicht schon ein Zigarettenpapier zum Einwickeln."

Märkte und Geschäfte waren verwaist. Die meisten Frauen hatten am Sonnabend eingekauft. Die Grundschulen und die Universität waren fast leer.

Die Behörden ergriffen strenge Vorsichtsmaßnahmen in den Betrieben, um Streiks zu verhindern. Den Arbeitern wurde mit fristloser Entlassung gedroht. Die wichtigsten Betriebe waren von Angehörigen der Zivilgarde, uniformierter Polizei und Geheimpolizei, die militarisierten Fabriken von Armeeangehörigen besetzt. Aber die Wachmannschaften zeichneten sich nicht gerade durch Übereifer aus. Sie taten schlecht und recht ihre Pflicht und wünschten offensichtlich, alles möge ohne Zwischenfälle abgehen.

Selbst das starke Polizeiaufgebot konnte aber nicht verhindern, daß an nicht wenigen Stellen trotzdem gestreikt wurde, besonders im Baugewerbe. An einigen Baustellen fehlten alle Arbeiter, an anderen die Mehrheit.

Auf einer Baustelle, die am 5. Mai gänzlich stillag, arbeitete als Techniker ein alter anarchosyndikalistischer Funktionär, der während des Bürgerkrieges als hoher Offizier in der republikanischen Armee gekämpft hatte. Er war stolz darauf, daß er zusammen mit den Kommunisten wegen einer gemeinsamen Aktion gegen Franco entlassen wurde. Als ihm der Unternehmer die Wiedereinstellung anbot, erklärte er, nur an-

nehmen zu können, wenn auch alle anderen wieder eingestellt würden, die gemeinsam mit ihm und aus dem gleichen Grund entlassen worden waren. Der Unternehmer mußte wohl oder übel darauf eingehen.

In einem Landmaschinenwerk traten die 80 Arbeiter der mechanischen Werkstatt in den Streik. Die Polizei, die eine Ausbreitung des Streiks fürchtete, unterband die Verbindung zwischen den einzelnen Werkabteilungen. Die Arbeiter antworteten darauf mit einem Kurzstreik von 10 Minuten, an dem mit Ausnahme einer Abteilung das ganze Werk teilnahm. Die Polizei verhaftete sechs der Arbeiter, darunter drei Gewerkschaftsverbindungsleute. Obwohl sie nach drei Tagen wieder freigelassen werden mußten, wurden sie und elf weitere Arbeiter vom Unternehmer auf die Straße gesetzt. Alle Entlassenen erhielten Hilfe von ihren Kollegen. Nicht nur im eigenen Betrieb, sondern auch in anderen spendeten Arbeiter Geld für die Entlassenen und kämpften für ihre Wiedereinstellung. Zwei Wochen später hatten sie es für alle, bis auf einen, erreicht.

In San Pablo bauen die Amerikaner einen Flugplatz. Am Sonnabend teilten sie dem Personal mit, die Lastwagen, auf denen die Arbeiter normalerweise aus Sevilla zum Flugplatz fahren, würden am 5. nicht verkehren. „Wir wollen vermeiden", sagten die Amerikaner, „daß Streikende die Wagen umstürzen und antiamerikanische Zwischenfälle verursachen. Die Arbeitsstelle bleibt offen, aber ihr müßt selbst sehen, wie ihr herauskommt." Die Arbeiter überlegten es sich nicht lange. Sie beschlossen einmütig, am 5. nicht zu arbeiten.

Und hier noch ein charakteristischer Zug des Tages der nationalen Aussöhnung in Sevilla: Mit Ausnahme der Zeiten vor Arbeitsbeginn und nach Arbeitsschluß, als sich wahre Massendemonstrationen von Arbeitern und Angestellten über die Bürgersteige ergossen, waren die Straßen verödet. In belebten Geschäftsstraßen, in denen es sonst wie in einem Ameisenhaufen wimmelt, waren in den Vormittagsstunden zwischen zehn und zwölf Uhr kaum ein paar Vorübergehende zu sehen.

Millionen Spanier nahmen am Tag der nationalen Aussöhnung teil: die einen an der Vorbereitung, die anderen an den vorangegangenen Streiks; diese an den Boykotts, jene an den zahllosen Streiks und Kurzstreiks dieses Tages.

Die Summe all dessen zeigt uns, wie sehr der 5. Mai ein Tag des Volkes war.

Schwerlich werden wir in der Geschichte unseres Landes eine zweite Teilaktion gegen ein Regime finden, an der sich in der einen oder anderen Form so viele Spanier beteiligt hätten. Und das alles geschah unter einer faschistischen Diktatur, die mit sämtlichen Mitteln der Gewalt den Massen die Teilnahme am öffentlichen Leben verweigert, zu einer Stunde, in der alles in Bewegung gesetzt wurde, um zu verhindern, daß das Volk an den Entscheidungen der Gegenwart und am Aufbau der Zukunft teilhat.

Diese historische Tatsache ist höchst bedeutungsvoll und vielversprechend.

Wer waren nun, politisch und ideologisch gesehen, diese Spanier?

Die einen sind Mitglieder oder Freunde der Kommunistischen Partei, die diesen Tag anregte und beharrlich für seine Durchführung wirkte. Andere sind Anhänger örtlicher oder provinzieller Oppositionsgruppen verschiedenster Richtungen — liberal, katholisch, proletarisch —, die dazu beitrugen, diesen Tag zu organisieren. Es gibt unter ihnen Sozialisten, Anarchosyndikalisten, Republikaner, alte und neue Liberale, Gläubige und Atheisten und solche Spanier, die politisch weiter nichts als Gegner Francos sind. Auch einige Karlisten und abgefallene Falangisten zählen dazu.

Und was sind sie ihrer sozialen Stellung nach?

Arbeiter. Wenn auch die hier wiedergegebenen Berichte noch lückenhaft sind und daher von den Ausmaßen der Aktion nur ein unvollkommenes Bild geben können, zeigt sich doch schon,

daß die Massendemonstration vom 5. Mai eine Hauptkraft hatte: die in der Aktion geeinte Arbeiterklasse, die Arbeiterklasse in der Stadt, aber auch auf dem Lande, denn einer der kraftvollsten Züge des Tages war die sehr starke Beteiligung der Landarbeiter in weiten Gebieten Spaniens. Zum ersten Mal seit Franco an der Macht ist haben Tausende und aber Tausende von Landarbeitern gestreikt, haben öffentlich und kollektiv gegen die Diktatur demonstriert.

Angestellte und Beamte. Auch sie haben in den Städten in großer Zahl an den Boykotts teilgenommen. Auch sie haben in ihren Büros langsam gearbeitet und damit ausgesprochen, was sie von der Diktatur halten.

Intellektuelle und Studenten haben erfolgreich an der Propagierung der Initiative und an den Boykotts teilgenommen. Die Studentenstreiks in Barcelona und an anderen Orten haben dazu beigetragen, die Kampfstimmung vom 5. Mai zu schaffen.

Bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise in Stadt und Land. Hier sprechen die Berichte ebenfalls eine deutliche Sprache: Es hat zwar Unternehmer gegeben, die angesichts der Streiks die Polizei zu Hilfe riefen, andere aber unterstützten die Streiks und schützten die Streikenden vor Repressalien. Zahlreiche Geschäftsinhaber waren gute Propagandisten des Tages der nationalen Aussöhnung und nahmen an ihm teil. Das gleiche gilt für zahllose einfache Bauern und Landwirte der verschiedenen Kategorien. Selbst in Kreisen der Großbourgeoisie gab es Teilnehmer an der Aktion. Einige Betriebsinhaber unternahmen, soweit es an ihnen selbst lag, keine Repressalien gegen die Streikenden.

Und überall, bei der Ankündigung des Tages und am 5. Mai selbst, waren die spanischen Frauen zugegen, meist Arbeiterfrauen, aber auch Bäuerinnen, Angestellte, ja, sogar Frauen aus dem Kleinbürgertum.

Das also sind die Spanier, die den 5. Mai vorbereiteten und durchführten. Das sind sie, die Millionen vom Tag der nationalen Aussöhnung.

Und für alle bedeutete die Aktion eine Stimmabgabe. Sie wußten — und sagten es auch —, daß sie damit in der unter den gegebenen Umständen einzig möglichen Form eine Volksabstimmung gegen das Regime veranstalteten. Darin liegt die große Bedeutung dieser Aktion.

Es ist also völlig richtig, wenn das Politbüro der Kommunistischen Partei Spaniens in seiner Erklärung vom 20. Mai 1958 sagt:

„Der 5. Mai und die Aktionen zu seiner Vorbereitung stellen die erste organisierte politische Bewegung nationalen Ausmaßes gegen das Franco-Regime dar."

Der 5. Mai stand im Zeichen der nationalen Aussöhnung. Menschen der verschiedensten sozialen Stellungen und Auffassungen standen gemeinsam dem Regime gegenüber, das sie alle schädigt und beleidigt. Die scheinbaren Sieger und angeblichen Besiegten von gestern standen zusammen, und genau betrachtet, waren sie alle weder das eine noch das andere. In der Schlange vor dem Lebensmittelgeschäft am Sonnabend, in den Strömen von Fußgängern, beim Streik im Betrieb oder auf dem Feld, wer fragte da schon seinen Nebenmann, auf welcher Seite der Barrikade er damals stand?

Und was konnte die Diktatur dieser Demonstration des Volkes entgegensetzen? Die Chronik dieses Tages in jeder Stadt, in jedem Dorf bezeugt es: Verhaftungen, Drohungen, Polizeistreifen. Das ist alles, was die Diktatur auf die Beine bringen konnte. Nicht eine Demonstration zu ihrer Unterstützung, nicht ein verlorenes Häuflein, nicht ein Hochruf auf das Regime gegenüber dem dröhnenden „Schluß damit!" des ganzen Landes. Der 5. Mai bewies die restlose Unpopularität des oligarchischen Klüngels, der die Regierung der Nation an sich gerissen hat. Er zeigte, daß dieser Klüngel keine Massenbasis besitzt. Die Bajonette, der Terror und die 6. Amerikanische Flotte: das ist seine Macht.

Noch ein äußerst wichtiges Merkmal enthüllen die Informationen: den friedlichen Charakter dieses Tages in ganz Spanien. Millionen Spanier waren in Bewegung, aber nicht ein gewalt-

samer Zusammenstoß ereignete sich. Gibt es einen klareren Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse, die Massen und alle fortschrittlichen politischen Kräfte aufrichtig wünschen, Spanien ohne ein neues Blutbad, ohne neue Verheerungen auf einen demokratischen Weg zu führen?

Der 5. Mai und die vorangegangene Kampagne bezeugen auch in eindrucksvoller Weise den Einfluß der Kommunistischen Partei. Sie hat zweifellos einen beachtlichen Anteil an dem Sieg, den die gesamte Opposition, das ganze spanische Volk, mit dem Tag der nationalen Aussöhnung errungen hat. Ein Volk, das erneut die Offensive ergriffen hat, das mit verstärkter Kraft aus dieser Probe hervorgegangen ist, das eine Demonstration wie den Tag der nationalen Aussöhnung durchführen konnte, wird nicht eher Halt machen, bis es die Diktatur abgeschüttelt hat. Wer über diese Tatsache hinwegsehen will, gibt sich gefährlichen Illusionen hin.

„Die Erfahrung hat gezeigt", heißt es in der bereits erwähnten Erklärung der Kommunistischen Partei Spaniens, „daß es möglich ist, eine umfassende *friedliche Bewegung nationalen Ausmaßes gegen die Diktatur* vorzubereiten und erfolgreich durchzuführen. Der 5. Mai war einer Art Generalprobe für eine solche Bewegung. Wenn alle francofeindlichen Kräfte diese Lehre beherzigen, wenn sie sich zusammenschließen und offen vor dem ganzen Land ihre Pläne und Ziele darlegen, können sie die Unterstützung oder mindestens die Neutralität von Schichten gewinnen, ohne die sich Franco nicht mehr an der Macht halten kann."

Das spanische Volk stöhnt noch unter dem Faschismus, aber es ist ein Volk, das seiner Freiheit entgegenmarschiert.

(Aus einer Broschüre
der Kommunistischen Partei Spaniens)

INHALT

Santiago Alvarez · Kampf dem diktatorischen Franco-Regime! (Zur Politik der Kommunistischen Partei Spaniens für den Zusammenschluß der Volksmassen) 3

Der 5. Mai 1958 — ein großer Tag für Spanien .. 32

Die Initiative 32

Charakter und Ziele 33
Aktionsformen 35
Das Werk aller Spanier 36
Die Verhaftung der 44 38

Am Vorabend 41

Tausende von Händen arbeiten 44
Die Frauen schalten sich ein 46
Die Arbeiter verständigen sich 49
Gewehre, Verhaftungen, Drohungen 50
Bürgerkriegspropaganda gegen nationale Aussöhnung 53

Der 5. Mai 56

In Madrid 56
In Valencia 62
Auf den Kanarischen Inseln 64
In Badajoz 65
Im Gebiet von Pedroches 67
In Sevilla 68

Was lehrt der 5. Mai? 71

1048
Southworth Pamphlet
DD
270
.A715

Internationale Reihe

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU)

Aus der Großen Sowjet-Enzyklopädie, Band 50, Abschnitt VI

91 Seiten · Broschiert —,80 DM

PETER FLORIN

Zu einigen Grundfragen des proletarischen Internationalismus

Referat und Schlußwort auf der Konferenz des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED über die Bedeutung des proletarischen Internationalismus im Kampf für Frieden und Sozialismus.

2. und 3. Juni 1958

68 Seiten · Broschiert —,70 DM

WILLIAM Z. FOSTER / ROBERT THOMPSON

Die Krise in der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten und ihre Überwindung

80 Seiten · Broschiert —,90 DM

HORST LEHFELD

Die kommunistische Weltbewegung – eine Bewegung des Sieges

83 Seiten · Broschiert 1,40 DM

In Vorbereitung:

IRÉN KOMJÁT

Der Kampf der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei gegen Revisionismus und Dogmatismus

DIETZ VERLAG BERLIN C 2

Preis 0,90 DM